

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 11. Dezember 2006, 18.30 - 22.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, FDP	Matter Brigitta, SD
Arm Alfred, SP	Mooser Barbara, FDP
Balz Christian, FDP	Moser Hans, SVP
Berlinger Annemarie, SP	Oester Daniel, jfk
Bichsel Bernhard, jfk	Pestalozzi Hansueli, GB
Bühler Evelyn, FDP	Remund Jan, GFL
Burren Christian, parteilos	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ueli, SVP
Egli Claudia, SP	Salzmann Christoph, SP
Fischli Liz, GB	Schmid Hermann, SP
Graber Martin, SP	Sidler Rita, SP
Gysel Hermann, EVP	Stähli Markus, parteilos
Hänni Thomas, FDP	Staub Hugo, SP
Henggi Harald, FDP	Staub Stephie, SP
Köhler Hanspeter, FDP	Streiff Marco, EVP
Krebs Daniel, SVP	Stucki Mark, FDP
Lagger Valentin, CVP	Troxler Elisabeth, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP
Maibach Urs, GB	

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschield Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	185
2. Kommissionsersatzwahlen	--
3. Revision Bestattungs- und Friedhofreglement Reglement; Direktion Bildung und Soziales und Direktion Umwelt und Landschaft	185
4. Voranschlag 2007 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen	187
5. Sanierungspaket Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen	198
6. Direkter Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen Verpflichtungskredit; Direktion Planung und Verkehr	201
7. Ried Niederwangen Planungskredit; Direktion Planung und Verkehr.....	206
8. Liebefeld, Sanierung Kirchstrasse, Strassenplan und Liebefeld Kirchstrasse, Wasserleitungersatz Verpflichtungskredite; Direktion Planung und Verkehr und Direktion Gemeindebetriebe.....	--
9. Motion CVP/EVP/LdU-Fraktion, betr. Erotikbetriebe Abschreibung 0206; Direktion Planung und Verkehr.....	--
10. Motion Haudenschild betr. Einführung von Tempo 30 in allen Wohngebieten der Gemeinde Köniz Erfüllung und Abschreibung 0209; Direktion Planung und Verkehr	--
11. Motion LdU/GFL betr. Fussweg Schliern - Schlatt Abschreibung 0413; Direktion Planung und Verkehr.....	--
12. Überparteiliche dringliche Motion SP/JUSO-Fraktion / GB betr. Abendbetrieb Bus Gurten-Gartenstadt (Linie 16/19) Abschreibung 0418; Direktion Planung und Verkehr.....	--
13. Motion H. Pestalozzi, Grüne GB/GFL betr. erneuerbare Energie Beantwortung 0611; Direktion Umwelt und Landschaft.....	--
14. Postulat CVP/EVP betr. Systemwechsel bei der Pensionskasse Beantwortung 0612; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	--
15. Überparteiliche Motion SVP, FDP, CVP/EVP, SD betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse Beantwortung 0616; Direktion Planung und Verkehr	--
16. Verschiedenes	210

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Sitzung. Ich hoffe, dass heute die letzte Sitzung in diesem Jahr stattfindet. Ich bitte Sie, heute Abend sachlich und auf die Sache bezogen zu politisieren. Ebenfalls bitte ich darum, sich an die Redezeiten zu halten. Ein spezieller Gruss gilt den Lernenden der Gemeindeverwaltung Köniz, welche der Sitzung beiwohnen.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 39 Parlamentsmitgliedern (Frau Rita Sidler wird um ca. 19.00 Uhr eintreffen). Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Ihnen wurde die Broschüre "Bauen für die Zukunft" auf die Pulte verteilt sowie 2 Anträge der GB/GFL-Fraktion zum Bestattungs- und Friedhofreglement und eine Korrektur des Gemeinderates zum Voranschlag 2007.

Letzten Montag wurde mir von der Parlamentssekretärin folgendes Rücktrittsschreiben weitergeleitet: "Rücktritt aus dem Parlament. Herr Präsident, lieber Niklaus, liebe Parlamentarierinnen, liebe Parlamentarier. Es gibt im Leben verschiedene Abschnitte und ich stehe vor einem neuen Abschnitt. Mein Mann wird auf Ende Jahr pensioniert und ich pensioniere mich selber. Das ist einer der Vorteile, wenn man Hausfrau oder Familienfrau ist. Daher erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Parlament auf den 31. Dezember 2006 sowie den Rücktritt aus der KSF und der Einbürgerungskommission. Im Februar 1999 habe ich die Nachfolge von Bruno Huber angetreten. In diesen sieben Jahren habe ich die Freude am Politisieren nicht verloren, aber ich habe gelernt, die Politik sachlich und nicht persönlich zu nehmen. Die vielen Diskussionen und manchmal auch harten und emotionale Worte gehören jedoch zur Politik wie das Salz in die Suppe. Für mich waren es spannende und lehrreiche Jahre, die ich nicht missen möchte. Besonders die Arbeit in der Einbürgerungskommission hat mir sehr gefallen, da ich die Ehre hatte, etwas Neues aufzubauen. Trotz viel Zeitaufwand war die Arbeit in den Kommissionen für mich das Wirkungsvollste, da ich das Gefühl hatte, hier etwas zu erreichen. Das war auch der Grund, dass ich mich noch einmal für eine Kommission - die Kulturkommission - entschieden habe. Danken möchte ich dem Parlament für die gute Zusammenarbeit und die fairen Diskussionen. Meiner Fraktion danke ich für das Vertrauen und die gute Zusammengehörigkeit. Ich wünsche allen schöne Festtage und dem Parlament ein gutes 2007 mit vielen guten Kompromissen und Diskussionen. Mit freundlichen Grüssen Barbara Mooser."

Barbara, im Namen der Könizer Bevölkerung, von uns Parlamentsmitgliedern und sicher auch von den Gemeinderatsmitgliedern danke ich dir herzlich für deine Arbeit, welche du für die Bevölkerung und deine Partei hier im Parlament geleistet hast. Ich wünsche dir in deinem Leben als "Pensionierte" alles Gute und vor allem gute Gesundheit und viel Glück und Zufriedenheit zusammen mit deinem Mann. Danke vielmals. (*Applaus*)

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Heute Abend gibt es sowohl lachende wie auch weinende Augen. Weinende Augen, weil du, Barbara, das Parlament verlässt und das Amt als Fraktionschefin aufgibst. Die lachenden Augen sind wohl mehr auf deiner Seite. Mehr Freizeit, mehr Unabhängigkeit, weniger fixe Termine und die Freude auf eine grosse Reise im nächsten Jahr, auf die andere Seite der Erde. 1999 bist du ins Parlament nachgerutscht, damals besass ich noch kein Parteibuch. Seit zwei Jahren bist du nun unsere Fraktionschefin. Politisch hattest du immer eine klare Meinung, du sprachst nie um den heissen Brei herum. Von ganz vielen positiven persönlichen Merkmalen möchte ich bewusst eines hervorheben: Du warst immer für uns alle da, wenn Not am Mann war. Wenn man dir nervös anrief - was mir mehrmals passierte - infolge noch schnell zu organisierenden Angelegenheiten, hast du immer sehr ruhig geantwortet: Kein Problem, sende mir die Unterlagen, ich schaue dann. Zum grossen Glück bleibst du unserem Vorstand erhalten, ausser es sei denn, du kaufst im Land auf der anderen Seite der Erde ein Weingut. Wir danken dir vielmals für deinen grossen Einsatz, welchen du geleistet hast und wünschen dir alles Gute im parlamentarischen Ruhestand. Vielen Dank. (*Applaus*).

Der Parlamentspräsident: Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Herr Christoph Salzmann (SP): Auf Seite 176 des Protokolls der Sitzung vom 23. Oktober 2006 betreffend meiner Interpellation steht ein Satz geschrieben, der keinen Sinn macht. Ich bitte um Korrektur.

Mit der Ergänzung des Satzes auf Seite 176 in Traktandum 10, Interpellation Christoph Salzmann (SP) betr. Jugendliche mit Ausweis F oder N: "31 asylsuchende Schulkinder mit F-Ausweis oder Familiennachzug C haben mehr als die Hälfte ihrer obligatorischen Schulpflicht in der Schweiz absolviert *und sind damit teilweise länger hier in die Schule gegangen als Kinder mit Ausweis C, die dank Familiennachzug erst seit kurzem in der Schweiz sind*", wird das Protokoll vom 23. Oktober 2006 genehmigt.

3. Bestattungs- und Friedhofreglement

Reglement; Direktion Bildung und Soziales und Direktion Umwelt und Landschaft

Herr Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): Im Jahr 2003 beschloss der Gemeinderat, die Aufgaben des Bestattungs-, Siegelungs-, Testaments- und Erbschaftswesens auf den 1. Januar 2004 neu im Bestattungs- und Erbschaftsdienst zusammenzufassen. Die Änderungen in der Organisation machen die Revision des entsprechenden Reglements notwendig. Formal gesehen handelt es sich um eine Totalrevision, materiell um eine Teilrevision. Die Grundsätze bleiben im Wesentlichen dieselben. Wie bisher liegt die Oberaufsicht beim Gemeinderat. Der Gebührenrahmen ist in Art. 13 unverändert übernommen worden. Im Zusammenhang mit dem Sanierungspaket 2007 - 2008 sieht der Gemeinderat jedoch eine moderate Anpassung der Gebühren vor. Die Gebühren wurden zum letzten Mal im Jahr 1995 angepasst. Im Vergleich mit den Gemeinden Bern, Langenthal und Thun liegt die Gemeinde Köniz im oberen Mittelfeld. Neu soll der Kostendeckungsgrad, der bis anhin 78 Prozent betrug, auf 82 Prozent erhöht werden. Auswärtige sollen wie bisher nur ausnahmsweise in der Gemeinde Köniz bestattet werden können. In begründeten Fällen soll es möglich sein, von der Anwendung des erhöhten Gebührensatzes abzusehen. In der GPK würdigten wir die neue Möglichkeit von Haingräbern (kein Reihengrab), deren Platz von den Angehörigen ausgesucht werden kann. Die Grabruhe wird von bisher 25 auf 20 Jahre reduziert, für Familiengräber von 40 auf 30 Jahre. Eine absolute Ruhedauer soll es nicht mehr geben. Mit der neuen Möglichkeit der Verlängerung für einzelne Grabarten (Familiengräber, Haingräber und Urnennischen) kann aber auf individuelle Wünsche Rücksicht genommen werden. Damit kann auf Bestattungswünsche von Menschen anderer Religionszugehörigkeit besser eingegangen werden. Eine weitere Frage betraf die Friedhofsbezirke, die vom Gemeinderat geändert werden können. An Stelle von Friedhofsvergrösserungen hat der Gemeinderat mit einer Bezirksveränderung neu die Möglichkeit, einen stark belegten Friedhof zu entlasten. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig die Annahme des revidierten Bestattungs- und Friedhofreglementes.

Eintreten

Frau Elisabeth Rügsegger (SVP): Aus folgenden Gründen stimmt die SVP-Fraktion der Revision des Friedhof- und Bestattungsreglementes zu: Die gemeindeinternen Änderungen der Dienststellen sind im Reglement vollzogen. Das Reglement ist klar strukturiert. Die bisherigen bewährten Grundsätze wurden nicht verändert und neue Bedürfnisse wie Hain- oder Urnenhaingräber werden klar berücksichtigt. Die Reduktion der Ruhedauer wurde in der Fraktion vertieft diskutiert. Da jedoch die Möglichkeit einer Verlängerung besteht, kann in dieser Beziehung allen Wünschen Recht getan werden. Zu guter Letzt hat dieses neue Reglement keine Mehrkosten zur Folge.

Frau Liz Fischli (GB): Die GB/GFL-Fraktion unterstützt das revidierte Bestattungs- und Friedhofreglement. Wir möchten jedoch zwei ergänzende Anträge stellen. Spätestens dann, wenn wir von einem lieben Menschen Abschied nehmen müssen oder seine Grabstätte auf dem Friedhof aufsuchen wollen, wird der Friedhof auch für uns zu einem wichtigen Ort. Wir wünschen uns spätestens dann nichts mehr als dass man sich an diesem besonderen Ort auch wohlfühlen kann. Bestattungsvorschriften und Friedhofanlagen sollten allen Einwoh-

nenden, unabhängig von ihrer Konfession, Religion oder Weltanschauung, das persönliche und gemeinsame Abschiednehmen, das Trauern, aber auch das Verweilen erleichtern. Wir von der GB/GFL-Fraktion haben den Eindruck, das revidierte Bestattungs- und Friedhofreglement trage diesen Anliegen Rechnung und schaffe gute und praktikable Rahmenbedingungen. Es ist eine solide Revision, die sich an den aktuellen praktischen Bedürfnissen unserer Zeit orientiert. Friedhöfe sollen auch Lebensraum sein und nicht nur "Totenacker". So begrüßen wir beispielsweise die Möglichkeit von Haingräbern, die Ausstreuung von Asche, die ausdrücklich erwähnte Bestattung von Totgeburten, die für Betroffene ein grosses Bedürfnis ist, und ganz besonders die neue Kompetenz für den Gemeinderat, neue Grabarten zu schaffen. Damit können - wie in den Erläuterungen erwähnt - bei Bedarf auch Grabstätten für Angehörige anderer Religionen geschaffen werden. Es ist uns trotzdem wichtig, der Klarheit halber zwei Anliegen ausdrücklich im Reglement zu verankern. Wir werden die Anträge am entsprechenden Ort in der Detailberatung unterbreiten. Ein Antrag betrifft den umweltgerechten Unterhalt der Friedhöfe, der gemäss Legislaturplanung vorgesehen ist. Der andere ist im Zusammenhang mit der Integration ausländischer Einwohnenden von Bedeutung und betrifft Grabstätten für Angehörige anderer Religionen.

Herr Martin Graber (SP): In Anbetracht der langen Traktandenliste fasse ich mich kurz. Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft einstimmig zustimmen. Das Reglement ist sehr gut lesbar, die Kompetenzen sind am richtigen Ort angesiedelt und wurden auf das Wesentliche reduziert. Die SP-Fraktion unterstützt die materiellen Änderungen im Bestattungs- und im Friedhofwesen. Leider hatten wir nicht genügend Zeit, die Anträge der GB/GFL-Fraktion in der Fraktion zu besprechen. Wir werden sie mindestens grossmehrheitlich unterstützen.

Detailberatung

Der Parlamentspräsident: Wir gehen das Bestattungs- und Friedhofreglement kapitelweise durch.

Kapitel II, Art. 6 - 12

Frau Liz Fischli (GB): Wir stellen zu Art. 7 folgenden Antrag: Neuer Abs. 2: "Die Friedhofanlagen sind umweltgerecht zu gestalten und zu unterhalten."

Zu Art. 9 stellen wir den Antrag, Abs. 5 wie folgt zu ändern: "Der Gemeinderat ist befugt, neue Grabarten zu schaffen, *insbesondere auch für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften.*"

Weshalb dieser Vorschlag? Die Möglichkeit, Verstorbene im Einklang mit den jeweiligen religiösen Bestattungsvorschriften zur letzten Ruhe zu betten, wird grundsätzlich durch zwei Verfassungsnormen geschützt. Einerseits durch das Grundrecht der persönlichen Freiheit, die gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung das Verfügungsrecht über den toten Körper mitgarantiert. Zweitens durch die Religionsfreiheit, die unter dem Aspekt der Kultusfreiheit auch religiöse Begräbnisriten schützt. Schweizer und Schweizerinnen anderer Religionsgemeinschaften wie auch Ausländer und Ausländerinnen, können sich auf den Schutz der Grundrechte berufen. Theoretisch könnten sich andere Religionsgemeinschaften zwar auch um private Friedhofanlagen bemühen. Das dürfte jedoch praktisch oft an genügend Geld, an langwierigen Baubewilligungsverfahren, eventuell sogar an fehlenden Bauzonen scheitern. Ausserdem würden sie dadurch ein Stück weit faktisch aus den allgemeinen Friedhofanlagen ausgegrenzt. Viel integrativer ist es deshalb, ihnen die Möglichkeit einer Bestattung im Einklang mit ihren Riten auf den allgemeinen öffentlichen Friedhöfen einzuräumen. Denn, wer sich auf einem allgemeinen Friedhof zu Hause fühlt und seine Angehörigen dort bestatten kann und weiss, dass er dereinst selber würdig bestattet werden kann, ist im wahrsten Sinn des Wortes hier besser verwurzelt. Gemeinden und Städte, welche bereits Grabfelder für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften kennen, berichten, dass sich diese Möglichkeit in der Praxis bewährt und dass die genauen Bedingungen jeweils zur Zufriedenheit vonseiten der Religionsgemeinschaft als auch der Gemeinden gelöst und geregelt werden konnten. Ich halte am Antrag der GB/GFL-Fraktion fest, weil mir die Friedhofverwaltung Köniz gesagt hat, er sei eine Unterstützung in ihrer Arbeit. Weil Grabstätten für Angehörige anderer Religionen politisch immer wieder umstritten sind oder manchmal sogar grundsätzlich infrage gestellt werden oder über Gebühr verzögert, schlagen wir vor, Klarheit zu schaffen und das wichtige Beispiel für neue Grabarten ausdrücklich im Reglement zu nennen. Damit soll der Gemeinderat unterstützt werden, bei Bedarf solche Grabarten ohne grössere Problemen zu schaffen. Wir empfehlen Ihnen die Annahme der beiden Anträge.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Im Namen der Jungfreisinnigen kann ich dem Antrag zu Art. 7 der GB/GFL-Fraktion zustimmen. Die Ergänzung zu Abs. 5 von Art. 9 müssen wir jedoch ablehnen. Art. 9 Abs. 5 lautet wie folgt: "Der Gemeinderat ist befugt, neue Grabarten zu schaffen". Das heisst, der Gemeinderat verfügt über die Kompetenz, jegliche neuen Grabarten zu schaffen. Wird hier eine Gruppe explizit erwähnt, kann dies gegenüber einer anderen wiederum diskriminierend wirken. Es gibt zum Beispiel auch Personen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Wir sind der Meinung, Abs. 5 von Art. 9 soll offen gehalten werden, damit der Gleichstellung Rechnung getragen wird.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Formulierung von Abs. 5 in Art. 9 ist absichtlich so gehalten und bei den Erläuterungen ist zu lesen, dass genau das, was Frau Fischli erklärt hat, enthalten ist. Der Gemeinderat wird, wenn Bedürfnisse vorhanden sind, neue Grabarten schaffen und dies muss nicht explizit im revidierten Bestattungs- und Friedhofreglement aufgeführt sein. Aber, wenn das Parlament der Meinung ist, diese Ergänzung müsse enthalten sein, fällt uns "kein Zacken aus der Krone". All das von Frau Fischli Gesagte, ist in Abs. 5 von Art. 9 enthalten, wir verletzen damit keine Grundrechte. Deshalb muss Abs. 5 auch nicht zwingend ergänzt werden.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Es ist tatsächlich so, dass das Anliegen für eine umweltgerechte Gestaltung und den Unterhalt der Friedhofanlagen zwar in den Legislaturzielen enthalten, jedoch im Reglement und der Ausführungsverordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement nicht näher festgehalten ist. Der Gemeinderat hat keinen Einwand gegen die Verankerung der umweltgerechten Gestaltung und des umweltgerechten Unterhalts in Reglement und Verordnung.

Der Antrag der GB/GFL-Fraktion in Art. 7 folgenden neuen Abs. 2 zu schaffen: "Die Friedhofanlagen sind umweltgerecht zu gestalten und zu unterhalten", wird mit 24 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag der GB/GFL-Fraktion, Abs. 5 in Art. 9 wie folgt zu ergänzen: "Der Gemeinderat ist befugt, neue Grabarten zu schaffen, *insbesondere auch für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften*", wird mit 12 : 22 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament beschliesst die Revision des Bestattungs- und Friedhofreglementes gemäss vorgelegtem Entwurf mit der Ergänzung von Art. 7 Abs. 2.

4. Voranschlag 2007

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Die GPK befasste sich am letzten Montag intensiv mit dem Voranschlag und dem Bericht über das Sanierungspaket, welches integrierender Bestandteil des Voranschlages ist. Kurz die Eckdaten: Aus der Sicht des Gemeinderates liegt uns ein ausgeglichenes Budget mit einer Abschreibung des Bilanzfehlbetrages in der Höhe von 2,3 Millionen Franken vor. Diese kam vor allem mithilfe des eben besagten Sanierungspaketes - 1,7 Millionen Franken ausgabenseitig und 0,6 Millionen Franken einnahmenseitig - zustande. Darin ist auch die auf zwei Jahre befristete Reduktion der PK-Beiträge enthalten, die jedoch je nach Entwicklung an der Börse korrigiert werden kann. Wir können weiter einmalige ausserordentliche Erträge in der Höhe von 3 Millionen Franken generieren, wovon 650'000 Franken in die Laufende Rechnung einfließen. Die Nettoinvestitionen zu Lasten Steuern bewegen sich in der Höhe von 7,4 Millionen Franken und im Investitionsplan ist ersichtlich, dass diese in den folgenden Jahren auf 10 bis 11 Millionen Franken steigen werden.

Die Hochrechnung für das Jahr 2006 wurde uns an der GPK-Sitzung vorgelegt und zeigt eine markante Verbesserung, welche vor allem durch den sofortigen Mehrerlös aus dem Verkauf des Dreispitzareals auf der positiven Seite und von Mindereinnahmen bei den Gewinn- und Kapitalsteuern auf der negativen Seite geprägt ist. Nehmen wir die Hochrechnung als Basis für die Beurteilung des Bilanzfehlbetrages, ist ersichtlich, dass anstatt 6,7 Millionen Franken noch 3,4 Millionen Franken für den Ausgleich zu bezahlen bleiben und im Voranschlag 2007 1

Million Franken anstatt 4,4 Millionen Franken. Demgegenüber - das war einer der Hauptdiskussionspunkte - sind die Prognosen für das Jahr 2008 absolut schlecht. Dies aufgrund der Steuergesetzrevision des Kantons Bern und der Einführung des Bundesfinanzausgleiches und der neuen Aufgabenverteilung Bund - Kantone (NFA) des Bundes. Ich kann zusätzlich erklären, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) den Voranschlag 2007 der Gemeinde Köniz prüfte und genehmigte. Während der GPK-Sitzung wurden uns neue Erkenntnisse unterbreitet, welche am letzten Mittwoch im Gemeinderat beschlossen wurden: Der Personalaufwand verringert sich um 350'000 Franken (0,5 statt 1 Prozent Teuerung). Zudem sind aufgrund des Versandes der dritten Steuerrate zusätzliche Steuereinnahmen in der Höhe von 450'000 Franken zu gewärtigen.

Die GPK befasste sich vertieft mit dem Voranschlag 2007 und liess sich Fragen beantworten. Sie hinterfragte unter anderem die einzelnen Stellenbegehren. Ich gehe davon aus, auf diese Details nicht mehr eingehen zu müssen, sondern dass diese Auskünfte an die Fraktionen weitergeleitet wurden. Insbesondere mit der Aussicht auf das Jahr 2008 empfiehlt die GPK dem Parlament mit 4 : 3 Stimmen den Voranschlag 2007 nicht zu genehmigen und verlangt ein ausgeglichenes Budget ohne Einbezug von ausserordentlichen Erträgen und mit Massnahmen auf der Ausgabenseite. Die Minderheit in der GPK argumentierte, die Gemeinde habe die Finanzen sehr wohl im Griff und die Zahlen könnten in verschiedene Richtungen interpretiert werden. Betrachte man z.B. die Zinsbelastungen, bestehe kein Grund dazu, Alarm zu schlagen. In der Konsequenz nahm die GPK zur Erhebung der Steuern keine Stellung. Vom Finanzplan 2008 - 2012, wie auch vom Investitionsplan 2007 - 2011, ff nahm sie mit 3 Stimmen zustimmend und 4 Stimmen teilweise zustimmend Kenntnis. Am letzten Donnerstag erhielt ich die Mitteilung des Gemeindepräsidenten Luc Mentha, dass die uns am Montag vorgelegten Erkenntnisse am Mittwoch im Gemeinderat so beschlossen worden sind. Entsprechend wurde uns die Korrektur am Freitag durch den Finanzverwalter zur Verfügung gestellt. Diese Korrektur leitete ich an die GPK-Mitglieder weiter und wir haben heute kurz vor der Sitzung über die Beschlüsse des Gemeinderates beraten. Ich gebe bekannt, dass die Gemeinderatsbeschlüsse an der Empfehlung der GPK nichts änderten, die Einschätzungen bleiben dieselben. Der Gemeinderat beantragte, dass der Voranschlag mit der vorliegenden Korrektur zu genehmigen sei. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 : 3 Stimmen, die Korrektur des Gemeinderates abzulehnen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich gebe zuerst noch einige Details der Hochrechnung für das Jahr 2006 bekannt. Harald Henggi teilte Ihnen das Ergebnis unter dem Strich mit. Einleitend weise ich darauf hing, dass es sich um eine Hochrechnung handelt und das Rechnungsergebnis davon abweichen kann. Wir können die Zukunft nicht lesen. Die letzte Hochrechnung im Herbst 2005 lag um 1,3 Prozent daneben und die Rechnung fiel um diese 1,3 Prozent besser aus als unsere Hochrechnung. Bei der Hochrechnung fallen Schlechterstellungen von total 3,78 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 2006 ins Gewicht. Einerseits sind dies zusätzlicher Personalaufwand in der Höhe von 0,585 Millionen Franken (im Wesentlichen der Teuerungsentscheid - 1 Prozent anstatt 0,5 Prozent - des Gemeinderates). Hinzu kommen ein einmaliger Starthilfebeitrag ans Stadttheater für die zweite Spielstätte im ehemaligen Vidmar-Areal von 200'000 Franken, Mindereinnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer von 2 Millionen Franken, eine Mindervergütung aus dem Lastenausgleich Sozialhilfe von 603'000 Franken und diverse Aufwand- und Ertragskorrekturen von 400'000 Franken. Gemäss Hochrechnung werden in der Rechnung 2006 folgende Positionen besser ausfallen: 300'000 Franken weniger Passivzinsen auf festen Schulden (bessere Zinsen durch Konvertierungen). Die Lehrerbesoldung liegt um 360'000 Franken tiefer als budgetiert. Wir kommen - wie Harald Henggi erwähnte - zu einem sofortigen Mehrerlös aus dem Verkauf des Dreispitzareals von 5 Millionen Franken und es sind diverse Steuereinnahmekorrekturen von total rund 1,4 Millionen Franken zu gewärtigen. Damit werden wir einen Ertragsüberschuss in der Höhe von 3,5 Millionen Franken erzielen und diesen für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages verwenden. In der Investitionsrechnung weise ich darauf hin, dass wir per Ende November von den bisher budgetierten Investitionen einen Realisierungsgrad von knapp 20 Prozent haben, d.h. in den Investitionen kann in der Regel, da längst nicht alles Gesäte wächst, etwas mehr gesät werden.

Die neusten Beschlüsse des Gemeinderates wurden ihnen heute Abend verteilt, ich erläutere sie kurz: Der Gemeinderat fällte am letzten Mittwoch zusätzliche Beschlüsse zum Budget

2007, die zu wichtigen Änderungen führen. Am Gesamtergebnis des Budgets nach Vornahme von ausserordentlichen Abschreibungen ändert sich dadurch nichts, die schwarze Null bleibt bestehen. Aber die beschlossenen Aufwand- und Ertragskorrekturen führen zu Verbesserungen von 800'000 Franken und wir können damit vor Abschreibung einen Gewinn von fast 13 Millionen Franken ausweisen. Diese 800'000 Franken führen zu einer Erhöhung der Abschreibung des Bilanzfehlbetrages auf knapp 3,2 Millionen Franken. Die Vorderseite der verteilten Unterlage entspricht Seite 1 und die Rückseite Seite 14 des Voranschlages 2007. Aus Zeitgründen konnte ihnen kein überarbeiteter Finanzplan, gestützt auf das neue Budget, abgegeben werden. Wir werden ausnahmsweise - was nicht üblich ist - bei Abgabe der Rechnungslegung 2006 einen überarbeiteten Finanzplan abgeben, damit die Korrekturen nachvollzogen werden können. Die am Mittwoch gefällten Beschlüsse des Gemeinderates betreffen erstens Art. 9 des Lohnreglementes, den Ausgleich der Teuerung. Wir haben beschlossen, die volle Teuerung von 0,5 Prozent auszugleichen. Mehr nicht, obwohl an der Lohnfront die Lohnerhöhungen und der Teuerungsausgleich mit den Beförderungen fast überall höher ausfallen als der von uns gewährte Betrag. Damit tragen wir der durchzuführenden Finanzkonsolidierung Rechnung. Im vorgelegten Budget war eine Teuerung von 1 Prozent ausgewiesen und mit dem Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent werden 350'000 Franken eingespart. Zweitens führten wir im November eine sorgfältige Analyse der dritten Steuerrate durch. Gestützt auf diese konnten wir gewisse Korrekturen nach oben und nach unten budgetieren, per Saldo resultieren daraus 400'000 Franken Mehrerträge.

Noch ein Wort zu den Äusserungen des GPK-Präsidenten, Harald Henggi. Ich danke ihm für die korrekte Schilderung der Situation. Die GPK formulierte diverse Anträge. Sie will vor allem, dass das Parlament ein ausgeglichenes Budget ohne Verwendung von ausserordentlichen Sonderträgen beschliesst und dass dieser Ausgleich durch Massnahmen auf der Aufwandseite geschieht. Mit den am Mittwoch gefassten Beschlüssen erfüllt der Gemeinderat die Forderung zu einem grossen Teil. Die Differenz beträgt heute noch 300'000 Franken. Dieser Betrag ist nun der effektive "Streitgegenstand" und entspricht 0,16 Prozent des Budgets. Die GPK will, dass dieser Betrag auf der Aufwandseite eingespart wird, während der Gemeinderat - gestützt auf Analysen - zusätzliche Einnahmen in diesem Umfang budgetierte. Ich verzichte darauf, zum Antrag im jetzigen Zeitpunkt Stellung zu nehmen. Sie können dem jetzt vorliegenden Budget mit ruhigem Gewissen zustimmen, denn es ist noch besser als das Ihnen mit den Parlamentsunterlagen zugeschickte.

Eintreten

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das vorgelegte Budget 2007. Wohl sind Sparanstrengungen vorhanden, diese genügen gemäss unserer Ansicht jedoch nicht. Wie jeweils in den letzten Budgetdebatten, diskutieren wir einmal mehr um die ausserordentlichen Erträge. Es ist nicht akzeptabel, dass ausserordentliche Erträge dazu benötigt werden, die Laufende Rechnung zu decken. Das Stichwort "Tafelsilber" möchte ich nicht mehr bemühen. Betrachten wir die Hochrechnung 2006, sieht sie auf den ersten Blick gut aus. Der Bilanzfehlbetrag kann um 3,5 Millionen Franken abgebaut werden, budgetiert waren lediglich 178'000 Franken. Schaut man etwas genauer hin, ist ersichtlich, dass rund 5 Millionen Franken zusätzliche Erträge verbucht wurden (Verkauf Dreispitzareal). Das ist an und für sich kein Problem. Von diesen 5 Millionen Franken wurden jedoch rund 1,6 Millionen Franken für die Laufende Rechnung benötigt.

Zum Budget 2007: Ursprünglich waren 650'000 Franken ausserordentliche Erträge für die Laufende Rechnung vorgesehen. Der Gemeinderat beschloss letzte Woche, dem Personal 0,5 Prozent Teuerungszulage auszahlend und zusätzlich 450'000 Franken Steuereinnahmen zu budgetieren. Mit dieser Massnahme ist der Voranschlag ohne ausserordentliche Erträge ausgeglichen. Die GPK verlangte jedoch, dass die Korrektur des Voranschlages ohne ausserordentliche Erträge und mit Korrekturen auf der Aufwandseite zu erfolgen hat. Diesem Verlangen folgte der Gemeinderat mit der Reduzierung der vorgesehenen Teuerung um 0,5 Prozent. Die budgetierte Erhöhung der Steuereinnahmen trägt dem Verlangen der GPK jedoch nicht Rechnung. Damit erklärt sich die SVP-Fraktion nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dass auch Mehreinnahmen bei den Steuern - wenn sie denn wirklich kommen werden - zum Abbau des Bilanzfehlbetrages und zur Bildung von Eigenkapital gebraucht werden sollen. Gerade in der momentan guten wirtschaftlichen Lage sollte dies möglich sein. Ebenfalls ist festzuhalten, dass wir immer noch von den Vorzugsabschreibungssätzen des Kantons profitie-

ren. Man kann uns Kleinlichkeit vorwerfen, da es um den relativ kleinen Betrag von 300'000 Franken geht. Es geht uns jedoch darum, ein Zeichen für die Zukunft zu setzen. Wenn wir auf das Jahr 2008 ausblicken, wird uns bewusst, dass eine Gemeinde, die mit etwas Eigenkapital ausgestattet wäre, Veränderungen - auch wenn sie durch den Kanton zu gewärtigen sind -, besser durchstehen könnte. Noch etwas zum Stichwort Verantwortung: Wird das Budget 2007 zurückgewiesen und geht die Gemeinde damit ohne gültiges Budget ins neue Steuerjahr, trägt dafür nicht in erster Linie das Parlament die Verantwortung, sondern der Gemeinderat. Ich bemerke noch, dass die Vorlegung des Budgets erst im Dezember relativ spät erfolgt, denn dadurch sind keine Möglichkeiten für Änderungen vorhanden. Das Budget soll ein Steuerungsinstrument für das Parlament sein und als solches wahrgenommen werden. Vielleicht wird die Steuerung mit den Produktbudgets einfacher werden. Als einzige Steuerungsmöglichkeit bleibt uns nichts anderes als die Rückweisung. Die SVP-Fraktion schliesst sich der Empfehlung der GPK an und stellt den Antrag, das Budget 2007 zurückzuweisen. Wir verlangen ein ausgeglichenes Budget ohne Verwendung ausserordentlicher Erträge und die Korrekturen haben auf der Aufwandseite zu erfolgen.

Herr Mark Stucki (FDP): Tatsächlich ist nun der Moment gekommen, wo wir uns überlegen müssen, was mit dem Budget 2007 geschehen soll. Der Gemeinderat macht die Angelegenheit mit der Behandlung erst in der Dezember-Sitzung nicht einfacher, ist doch das Budget unser wichtigstes Steuerungsinstrument. Hinzu kommt, dass der Gemeinderat - nicht zuletzt auf berechtigten Druck der GPK hin - in letzter Minute Änderungen am Budget 2007 vornahm, ohne aber wirklich konsequent zu sein und die Probleme anzugehen. Die Ausgabenreduktion bei der Teuerungszulage für das Gemeindepersonal ist in den Augen der FDP/jfk-Fraktion absolut vernünftig und nötig. Wenn aber aufgrund von Schätzungen in letzter Minute plötzlich mehr Steuereinnahmen aus dem Hut gezaubert werden, ist das nichts anderes als Kosmetik und finanzpolitische Schönfärberei. Vor allem, wenn derselbe Gemeinderat in seinem Bericht zum Finanzplan für das Jahr 2008 noch schlimmere finanzielle Verhältnisse prognostiziert, der bestehende Bilanzfehlbetrag jedoch noch nicht abgeschrieben ist. Sollten, was wir hoffen, die zusätzlichen Steuereinnahmen Realität werden, sind diese selbstverständlich voll und ganz für die Tilgung des Bilanzfehlbetrages einzusetzen und danach für die Bildung von Reserven. Sicher jedoch nicht dafür, Budgetkosmetik zu betreiben.

Jetzt ist der Moment gekommen, Remedur zu schaffen. Wir können in wirtschaftlich guten Jahren nicht so weiterwirtschaften, vor allem nicht bei den düsteren Szenarien, welche der Gemeinderat für das Jahr 2008 malt. Gerade in Finanzangelegenheiten muss man sich in guten Zeiten antizyklisch verhalten. Die FDP/jfk-Fraktion will eine ehrliche schwarze Null im Budget. Die ausserordentlichen Erträge und allfällige zusätzliche - ursprünglich nicht budgetierte - Einnahmen sollen nicht für laufende Ausgaben aufgebraucht werden. Wir wollen dieses Ziel mit nachhaltigen Ausgabenkürzungen erreichen und nicht mit kurzfristiger Budgetkosmetik. Wir wollen eine rasche Gesundung der Gemeindefinanzen, damit wir für schwierige Situationen finanzpolitischen Spielraum zur Verfügung haben. Im absoluten Minimum müssen im Budget 2007 300'000 Franken auf der Ausgabenseite eingespart werden, die Teuerungsreduktion beim Personal bereits eingerechnet. In einer Situation, wo uns der Gemeinderat trotz dem Entscheid der GPK keine Brücke bauen wollte, bleibt uns nichts anderes übrig als das Budget 2007 zurückzuweisen. Dies verbunden mit dem Auftrag von ausgabeseitigen Sparmassnahmen. Der Auftrag ist im operationellen Bereich durchaus machbar und würde dem Gemeinderat eine budgetmässige Punktlandung erlauben. Bis heute fehlt dazu leider der politische Wille. Eine budgetmässige Punktlandung hat durchaus Symbolcharakter, auch wenn die Beträge nicht hoch sind. Ich bitte euch deshalb, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die Wellen rund um den Voranschlag 2007 gingen in den letzten Wochen ziemlich hoch. Die Presse musste fast täglich nicht budgetierte Einsätze leisten. Die Wellen gehen auch heute Abend ziemlich hoch. Erlaubt mir, argumentativ auf die bisherigen Geschehnisse einzugehen. Das uns zugesandte Budget sah vor, aus den ausserordentlichen Erträgen gesamthaft 3 Millionen Franken abzuschreiben. Davon sind jedoch 650'000 Franken in die Laufende Rechnung eingeflossen. Das heisst, wir leben auf Pump. Die GPK forderte eine schwarze Null ohne Verwendung von Sondererträgen, sondern mit Massnahmen auf der Aufwandseite. Dies gemäss dem von Stefan Lehmann gestellten Antrag. Der Gemeinderat zeichnet für das Jahr 2008 ein ausserordentlich düsteres Bild. Der NFA (Neuer FinanzAusgleich) und die Steuergesetzrevision des Kantons Bern zeigen hier Wirkung. Damit

sagt der Gemeinderat klar, dass grosse Vorsicht angebracht ist und wir noch lange nicht am Ziel sind. Der Bilanzfehlbetrag kann gemäss der ersten Version des Budgets 2007 erst im Jahr 2009 dank ausserordentlichen Erträgen in der Höhe von 6,5 Millionen Franken abgetragen werden. Zudem profitieren wir nach wie vor von einem ausserordentlich tiefen Abschreibungssatz vom Kanton. Betrachten wir in der uns heute abgegebenen Korrektur die harmonisierten Abschreibungen von 8,364 Millionen Franken und rechnen diesen Betrag mit 10 % (eigentlicher Abschreibungssatz), müssten wir 13,941 Millionen Franken abschreiben, und weg wäre der wunderbare Mehrertrag.

Vor genau diesem Hintergrund kam die Mehrheit der GPK zum Schluss, Massnahmen drängten sich sofort auf, weil die Gemeinde Köniz mit einem Budget von 180 Millionen Franken ein sehr grosser Dampfer ist, und Dampfer haben bekanntlich einen sehr langen Bremsweg. Aus diesem Grund forderte die Mehrheit der GPK Massnahmen. Der Gemeinderat sagt jedoch nun plötzlich, die Lage sei nicht so dramatisch, alles sei eine Überreaktion. Er findet auch 450'000 Franken zusätzliche Steuereinnahmen und reduziert den Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal. Das bringe die Sache wieder ins Lot. Steuererträge sind jedoch Erträge und keine Aufwandsparung und deshalb ist der Auftrag der GPK nicht erfüllt.

Zu den beiden heute vorliegenden Massnahmen noch dies: Vielleicht ist die Annahme, dass zusätzliche Steuereinnahmen eintreffen werden ja richtig, das wurde sicher abgeklärt. Betrachte ich jedoch die Mindererträge in diesem Jahr bei der Gewinnsteuer, habe ich meine - wahrscheinlich berechtigten - Zweifel und Vorbehalte. Die Sache mit dem Teuerungsausgleich ist etwas gar weit hergeholt, weil das seco am 1. Dezember 2006 keine Prognose für die Jahresteuern publiziert. Das Bundesamt für Statistik (BFS) publiziert einen Tag vorher den Landesindex für Konsumentenpreise Stand November 2006, und dieser liegt tatsächlich bei 0,5 Prozent. Die Prognosen von seco und BFS sind bis dato nicht korrigiert worden. Das alles führt mich zum Schluss, dass der Gemeinderat unter Druck zwei Massnahmen erarbeitete, die jedoch nicht viel bringen, vor allem nicht das, was von ihnen erwartet wird. Die Idee der GPK war, nachhaltige Massnahmen auf der Aufwandseite zu erarbeiten, nur das ist verantwortungsvoll und finanzpolitisch sinnvoll. Wir weisen das Budget 2007 zur Überarbeitung zurück, damit der Gemeinderat in Ruhe und überlegt seine operative Verantwortung wahrnehmen und ein Budget mit einer aufwandseitigen schwarzen Null präsentieren kann. Noch einmal: Im Jahr 2008 werden Probleme entstehen, die wir im Jahr 2009 nur dank einer massiven Aufwertung lösen können. Der Gemeinderat präsentierte bisher keine Lösungen, sondern operierte mehrheitlich mit Schuldzuweisungen. Die Bürgerlichen im Grossrat würden die Situation mit der Steuergesetzrevision noch verschlimmern und der NFA sei unglücklich ausgestaltet und die Überarbeitung sei teuer. Deshalb bitte ich Sie, im Sinne einer vorausschauenden und verantwortungsvollen Finanzpolitik, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Herr Marco Streiff (EVP): Auf Pump leben ist nicht dasselbe wie von ausserordentlichen Erträgen leben. Die EVP wird den Voranschlag 2007 genehmigen. An dieser Stelle danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Für uns ist ein ausgeglichenes Budget wichtig. Beim vorliegenden Voranschlag handelt es sich zudem um den besten seit Jahren und trotzdem ist uns nicht zum Feiern zumute. Die finanzielle Lage der Gemeinde ist immer noch sehr angespannt und die Devise für die Zukunft muss weiterhin lauten: Sparen und Schulden abbauen. Die Schwierigkeit liegt immer daran abzuschätzen, wo Sparmassnahmen vorgenommen werden können, auf was verzichtet werden kann oder muss. Nach unserer Auffassung erledigt der Gemeinderat diese Aufgabe genügend, jedoch nicht sehr gut.

Auch wir streben ein ausgeglichenes Budget ohne ausserordentliche Erträge an. Die Differenz von 300'000 Franken auf der operativen Seite, macht klar, dass noch einiges zu verbessern ist. Vor zwei Jahren ging man für das Jahr 2007 von einem Bilanzfehlbetrag in der Höhe von 900'000 Franken aus, nun sind wir im Voranschlag 2007 bereits bei 300'000 Franken. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auch wenn sich der Gemeinderat über den Voranschlag 2007 freut, muss jedoch die Sparschraube noch stärker angezogen werden. Die Finanzkennzahlen sprechen eine klare Sprache. Sie sind zwar erfreulicher als auch schon, aber ein Selbstfinanzierungsgrad von 80 Prozent ist immer noch ungenügend. Auch im Bereich der Spezialfinanzierungen ist nun endlich einzugreifen. Das wurde seit meinem Amtsbeginn bisher jedes Jahr versprochen und trotzdem wird der Rechnungsausgleichsfonds massiv belastet. Die EVP wird von Ziffer 1 und von Ziffer 4 Punkt c) zustimmend Kenntnis nehmen. Den Rückweisungsantrag werden wir ablehnen. Wir verstehen zwar die Kritik von bür-

gerlicher Seite, es sei ein ausgeglichenes Budget ohne ausserordentliche Erträge vorzulegen. Wir wollen dies auch, sehen jedoch die Rückweisung des Budgets als falschen Weg. Der Gemeinderat ist bemüht und auf dem richtigen Weg, das Budget wahrhaft auszugleichen. Die geforderten 300'000 Franken sind im Vergleich zur Gesamtsumme des Budgets nicht viel, vor allem dann nicht, wenn die Ungenauigkeit eines Voranschlags berücksichtigt wird. Eine Budgetrückweisung kann grosse Folgen haben und schadet dem Verhältnis Parlament - Gemeinderat. Ich komme zum Schluss: Ein ungenügendes Budget zurückzuweisen, um die Gemeinde vor Schaden zu bewahren ist richtig. Es ist jedoch falsch, ein genügendes Budget mit einem kleinen Schönheitsfehler zurückzuweisen, lediglich, um ein Exempel zu statuieren.

Herr Hugo Staub (SP): Wir danken dem Gemeinderat für das Budget 2007. Es ist ein gutes Budget, vor allem mit den nun noch aktualisierten Eckwerten. Wir sprechen erstmals seit Jahren über ein Budget mit einem positiven Betriebsergebnis, das uns erlaubt, den Bilanzfehlbetrag weiter abzubauen. Die gesamten ausserordentlichen Erträge im Jahr 2007 können für diesen Zweck eingesetzt werden. Wir sind daran - rascher als im Finanzplan vorgesehen - unser Sanierungsziel zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist das vorgelegte Sanierungspaket hart. Wir können dieses jedoch mittragen, weil es einiges zu tun gibt und kein Anlass zu Sorglosigkeit vorhanden ist. Uns gefallen bei den Finanzkennzahlen weder der tiefe Selbstfinanzierungsgrad noch der tiefe Investitionsanteil. Auch wir sind froh, wenn wir rasch wieder auf normale Abschreibungssätze kommen und aus Köniz möglichst wenig Steuererträge in Form von Schuldzinsen an die Banken fliessen. Die Schuldensanierung ist im vorliegenden Budget jedoch nicht das einzige Thema. Sie ist wichtig, ich erinnere jedoch daran - wir haben an der letzten Parlamentssitzung über die Legislaturziele debattiert -, dass in verschiedenen Bereichen Investitionen für eine gute Zukunft des Wohn- und Unternehmenstandortes Köniz notwendig sind. Mit dem vorliegenden Budget hat die Gemeinde Investitionsspielraum, was für eine positive Weiterentwicklung notwendig ist. Man kann nicht nur über den Preis sprechen, nicht einmal beim Kauf eines Staubsaugers, sondern man spricht über ein Preis-Leistungsverhältnis. Wir sind überzeugt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz, wie auch die Unternehmungen, Leistungen von der Gemeinde erwarten und dass das Preis-Leistungsverhältnis in der Gemeinde Köniz stimmt. Der Umstand, dass über das Budget erst im Dezember beraten werden kann, gefällt uns definitiv nicht. Auch wir überlegten uns einen Vorstoss in die Richtung, dass die Beratung über das Budget jeweils spätestens im November zu erfolgen hat. Wir begnügen uns jedoch damit, hier deutlich zu Protokoll zu geben, dass die Erstberatung des Budgets jeweils im November erfolgen muss und nicht erst im Dezember.

Der Rückweisungsantrag für das Budget 2007 wird von uns aus folgenden Gründen abgelehnt: Ein Budget ist eine Prognose mit einer Genauigkeit von $\pm 2 - 3$ Prozent. Das ist wie bei der Schneefallgrenze, die bei prognostizierten 600 Metern durchaus aber bei 630 oder 570 Metern liegen kann. Angesichts der aktualisierten Prognose für die Rechnung 2006 und den vom Gemeinderat beschlossenen Korrekturen im Budget 2007 ist zu erwarten, dass der Bilanzfehlbetrag bereits per Ende 2007 abgetragen ist. Das Ziel, "Bilanzfehlbetrag bis Ende 2007 abgebaut", liegt im Streubereich des Budgets. Die Wahrscheinlichkeit, dieses Ziel zu erreichen, ist demnach sehr gross, sie wird jedoch nicht grösser, wenn die Prognose hinter dem Komma korrigiert wird. Es ist auch nicht plausibel, davon auszugehen, dass der Gemeinderat nicht schon von sich aus auf dieses Ziel hin arbeitet. In dieser Situation muss dem Gemeinderat niemand erklären, er solle diesen Penalty versenken. Hinter dem Rückweisungsantrag steht eine grosse Liebe zu Zahlendetails. Solches mag bei der Diskussion von einzelnen Budgetposten oder bei der Überprüfung der Rechnung angebracht sein. Wer jedoch in der politischen Gesamtwürdigung eines Budgets wie ein Rechnungsrevisor argumentiert, liegt falsch und soll nicht behaupten, solches habe etwas mit strategischer Führung zu tun. Wenn die Bürgerlichen das Budget 2007 zurückweisen wollen, frage ich mich, weshalb die vergleichsweise schlechteren Budgets aus den Jahren 2006 oder 2005 nicht zurückgewiesen wurden. Woher diese Hektik beim besten Budget seit Jahren? Ich muss annehmen, dies sei die letzte Gelegenheit, um sich in diesem Sinne zu positionieren. Wahrscheinlich wird die Rechnung 2006 keinen Anlass zu soeben gehörten Voten geben. Beim Budget 2008 werden die bürgerlichen Politiker mit Kritik vielleicht etwas zurückhaltender sein, weil die schwierigen Verhältnisse, die wir dann haben werden, eine massgebliche Folge der bürgerlichen Politik im Grossen Rat sind.

Zusammengefasst: Das Budget 2007 ist gut und ein Volltreffer. Wer behauptet, dem sei nicht

so, hat ein Erklärungsproblem. Ich stelle folgenden Vergleich an: Wer sagt, das Budget sei kein Volltreffer, reagiert etwa so, wie wenn der kleine Walter an der Wilhelm-Tell-Aufführung behaupten würde, der Vater habe den Apfel nicht ganz in der Mitte getroffen. Wir wünschen uns in einer solchen Situation, dass die Stauffacherin den kleinen Walter zur Seite nimmt und sagt, dass es gar nicht darum gehe, den Apfel genau mittendurch zu treffen.

Herr Urs Maibach (GB): Bereits die uns zugestellte erste Version des Budgets 2007 stimmte uns zuversichtlich. Aufgrund der korrigierten Zahlen, die uns der Gemeinderat nun vorlegt, fällt es noch einmal um 800'000 Franken besser aus. Das Budget 2007 schreibt somit nicht nur tiefschwarze Zahlen, es schliesst sogar mit rund 150'000 Franken im Plus ab. Dies wohlverstanden ohne ausserordentliche Erträge. Das heisst, zusammen mit den ausserordentlichen Erträgen von über 3 Millionen Franken ergibt dies eine Abschreibung des Bilanzfehlbetrages von fast 3,2 Millionen Franken. Somit ist die erste Forderung, eine schwarze Null ohne ausserordentliche Erträge, erfüllt. Die GB/GFL-Fraktion ist mit diesen Zahlen zufrieden und wird den heute vorliegenden Voranschlag 2007 genehmigen. Wichtig zu wissen ist, dass rund die Hälfte der durch den Gemeinderat erfolgten Anpassungen - die Reduktion beim Personalaufwand durch einen tieferen Teuerungsausgleich - ausgabenseitig vorgenommen wurden. Übrig bleiben noch 300'000 Franken, welche nicht ausgabenseitig korrigiert werden, jedoch durch die Erhöhung der Steuererträge generiert werden können.

Wenn nun noch Gründe für eine Ablehnung des Voranschlages gesucht werden, ist dies in unseren Augen unverständlich. Wer das versucht, bringt rein finanzpolitische Überlegungen ein. Man kann fast von Kleinlichkeit sprechen. Solches Verhalten hat nichts mit Sachpolitik zu tun. Wenn die Rückweisungsbefürworter erklären, das Budget 2007 sei auf der Aufwandseite zu korrigieren, müssen sie einen klaren Vorschlag bringen, wo gespart werden soll. Die Forderung - ohne konkrete Angaben - zu stellen, das Budget sei um einen bestimmten Betrag zu reduzieren, ist destruktiv und feige. Die Anstrengungen des Gemeinderates, in den letzten Jahren den Bilanzfehlbetrag abzubauen wird, wenn sie sich so verhalten, absolut nicht gewürdigt. Den Rückweisungsantrag lediglich damit zu begründen, es sei wichtig, ein Zeichen zu setzen, um zu zeigen in welche Richtung es gehen solle, ist zum jetzigen Zeitpunkt unverständlich. Der Bilanzfehlbetrag wird - gemäss dem hier vorgelegten Budget 2007 - Ende 2007 noch 270'000 Franken betragen. Das zeigt uns doch, dass der Gemeinderat die Finanzen im Griff hat und wir auf guten Wegen sind. Wenn das Budget 2007 heute zurückgewiesen wird, weil ein Zeichen gesetzt werden soll, muss ich Folgendes sagen: Diese Reaktion hätte bereits vor 5 Jahren erfolgen sollen, als sich der Bilanzfehlbetrag entwickelte. Im Jahr 2001 schloss die Rechnung mit einem Defizit von 19 Millionen Franken ab, im Jahr 2002 mit 12 Millionen Franken. Damals wäre es gerechtfertigt gewesen, wenn Rechnung und Budget in Frage gestellt worden wären. Das war übrigens auch eine Zeit, in welcher die bürgerliche Seite im damaligen Grossen Gemeinderat die Mehrheit hatte, jedoch den Mut oder den Willen zur Rückweisung anscheinend nicht aufbringen konnte. Jetzt - beim Vorliegen eines solch guten Budget - so zu überreagieren, zeugt nicht von konstruktiver Politik, sondern zeigt eher launisches Getue; man könnte fast von Zwängerei sprechen.

Ein Wort noch zur Situation im Jahr 2008: Wir werden in diesem Jahr einen Aufwandüberschuss aufweisen. Der Bilanzfehlbetrag wird jedoch nicht so hoch ausfallen wie prognostiziert, weil das Jahr 2007 besser ausfallen wird, als in der Finanzplanung budgetiert. Das schlechte Abschneiden im Jahr 2008 ist mit der Steuergesetzrevision des Kantons Bern zu begründen, die auf bürgerlicher Seite gewachsen ist. Das heisst von jenen, die heute Angst vor dem Budget 2008 schüren.

Die GB/GFL-Fraktion ist der Ansicht, wir seien mit dem Budget 2007 auf guten Wegen. Es lässt sich sicher noch im einen oder anderen Punkt anpassen. Wir werden dem Voranschlag 2007 jedoch zustimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich spreche zu den bisher gefallenen Voten, da die Debatte sicher noch etwas dauern wird und mein Votum sonst zu lange ausfallen würde. Ich bin sehr froh darüber, dass die GB/GFL-Fraktion dem Budget 2007 zustimmt. In einem Punkt sehe ich es nicht ganz so wie Urs Maibach: Die Bürgerlichen haben im Jahr 2002 sehr wohl reagiert. Damals wurde die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuererhöhung bekämpft, die daraufhin um einen Zehntel reduziert werden musste. Dass die Steuererhöhung damals nicht im vom Gemeinderat erwünschten Umfang möglich war, zwang zur Alternative der Finanz-

strategie, wo unter anderem mittels strategischer Bodenpolitik Landgeschäfte entwickelt werden, die nun zu nachhaltigen Erträgen führen. Das führt dazu, dass über eine gewisse Zeit mit ausserordentlichen Erträgen gearbeitet werden muss. Wichtig für den Gemeinderat ist der Umstand, dass am Ende der Sanierungsperiode die Abhängigkeit von ausserordentlichen Erträgen gebrochen ist, soweit diese Erträge nicht nachhaltig sind. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Zur Kritik, dass das Budget 2007 erst im Dezember vorliege, muss ich Folgendes sagen: Diesen Umstand gaben wir bereits anfangs Jahr im Sitzungskalender bekannt. Die Behandlung des Budgets erst im Dezember hat mit der Schnürung des Sanierungspaketes und damit zu tun, dass diese beiden Geschäfte aufeinander abgestimmt werden mussten. Die Kritik kommt in dem Sinne reichlich spät. Selbstverständlich werden wir nächstes Jahr das Budget 2008 im November vorlegen. Der Vorteil der Budgetvorlage erst im Dezember besteht darin, dass die dritte Steuerrate analysiert werden konnte. Wir nahmen diese Analyse in guten Treuen vor und wir dürfen mit mehr Steuereinnahmen rechnen. Dass diese nun - wie verschiedene Votanten erwähnten - für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages eingesetzt werden müssen, höre ich heute Abend zum ersten Mal. Die Spielregeln werden laufend verändert. Zuerst hiess es, der Bilanzfehlbetrag solle mit ausserordentlichen Erträgen abgebaut werden, nun müssen noch die zusätzlichen Steuereinnahmen dazu eingesetzt werden.

Zur Kritik betreffend Teuerungszulage ans Gemeindepersonal: Hier ist, Valentin Lagger, ein kleines Missverständnis vorhanden. Die Teuerung ist bei uns immer an den Landesindex der Konsumentenpreise geknüpft. Die Prognose des seco lag per Mitte Jahr bei 1 Prozent und hätten wir die Teuerungszulage darauf abgestellt, wären im Budget 350'000 Franken mehr Aufwand eingesetzt.

Ich gebe ihnen einige wichtige Hinweise: Wir haben im überarbeiteten Budget die so genannten ausserordentlichen Erträge vollumfänglich zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrages eingesetzt. Der Finanzplan sieht nach den Beschlüssen des Gemeinderates ebenfalls deutlich besser aus als der in euren Unterlagen vorhandene. Der neu berechnete Bilanzfehlbetrag per Ende 2007 beträgt somit noch 270'000 Franken. Im letzten Finanzplan - vor einem Jahr - war für den Zeitpunkt Ende 2007 ein Bilanzfehlbetrag von 4,1 Millionen Franken vorgesehen. Damit ist eindrücklich belegt, dass sich die Situation dank den Anstrengungen des Gemeinderates und der Verwaltung deutlich verbessert hat. Nach dem Jahr 2008 - mit Ausnahme von 2009 - sind keine ausserordentlichen Erträge mehr im Finanzplan enthalten, obwohl an sich die strategische Bodenpolitik des Gemeinderates weiterhin laufend solche Erträge einbringen wird. Ich weise auf das Grundstück Hertenbrünnen hin, das vor allem der Grund dafür ist, im Jahr 2009 5,6 Millionen Franken einzustellen. Ich erwähne das Areal der alten Migros, das Rappentöri, den Rest des Dreispitzareals, etc. Die Erträge, welche aus diesen Verkäufen generiert werden, sind nicht ausserordentlich, sondern nachhaltig und werden, da es sich um Baurechtszinsen handelt, immer wieder eintreffen.

Zur Situation im Jahr 2008: Die Verschlechterung der Situation ist einmalig und auf ein Jahr beschränkt. Sie stellt die Finanzsanierung nicht infrage. Ich bin der Meinung, die Probleme sind dort zu lösen, wo sie entstanden sind. Ursache der Schwierigkeiten ist die Steuergesetzrevision des Kantons Bern und nicht eine falsche Politik des Gemeinderates. Die Steuergesetzrevision ist schlecht auf die Entlastungen durch den Neuen Finanzausgleich (NFA) des Bundes abgestimmt und der Gemeinderat beschloss deshalb, beim Grossen Rat zu intervenieren und mit einem Lobbying die Verschiebung des Inkrafttretens der Steuergesetzrevision zu erwirken. Es gibt zahlreiche - auch bürgerliche - Gemeindepräsidenten, welche bei diesen Demarchen mitmachen. Es wäre wünschenswert und verdienstvoll, wenn die bürgerlichen Kräfte aus Köniz die gemeinderätlichen Bemühungen gegenüber den Mitgliedern des Grossen Rates ebenfalls offensiv unterstützen würden. Ich lade Sie herzlich dazu ein, mitzuhelfen. Das bringt der Gemeinde Köniz viel mehr als eine Rückweisung des Budgets, die gemäss sachlicher Analyse unnötig ist. Ich bin der Meinung, die Rückweisung sei eine bedauerliche Überreaktion am falschen Ort. Ich bin mit der FDP/jfk, der SVP und der CVP einig, dass in Köniz ein Aufschwung stattfindet, dieser ist im Finanzplan nachzuvollziehen. Wer behauptet, das Budget zeichne düstere Zukunftsaussichten, hat ein anderes gelesen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Zum Votum von Urs Maibach muss ich Stellung nehmen, denn Ursache und Wirkung dürfen nicht vertauscht werden. Wer trägt die Schuld für den Rückwei-

sungsantrag? Der Gemeinderat. Da es sich um - wie erwähnt - die Kleinigkeit von 300'000 Franken handelt, hätte es dem Gemeinderat nicht schwerfallen müssen, diesen Betrag aufwandseitig einzusparen. Das wollte man jedoch nicht. Deshalb stelle ich die Frage, wer hier eigentlich zwingt. Betreffend Toleranz im Budget: Man muss vom Median (Mittelwert) ausgehen und von dort rechnet sich die Toleranz. Das heisst, verschiebt man den Median - 300'000 Franken -, verschiebt sich auch die Toleranz um diesen Betrag. Im Übrigen war ich vor 5 Jahren noch nicht im Parlament, sonst hätte die Angelegenheit etwas anders ausgesehen, Urs Maibach.

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Einige der gehaltenen Voten benötigen noch etwas Klärung. Da das Parlament für die Steuerung zuständig ist, die Feinarbeit jedoch Aufgabe des Gemeinderates ist, ist der Vorwurf, dass Vorschläge für einzelne Einsparungen von bürgerlicher Seite kommen sollten, in meinen Augen etwas grotesk. Der zweite Vorwurf, dass den Budgets in den letzten Jahren von bürgerlicher Seite zugestimmt worden sei, ist ebenfalls grotesk. Nach den Wahlen ist das Parlament neu zusammengesetzt und ausserdem darf man sich politisch auch entwickeln. Jenen, die gegen den Rückweisungsantrag sind, muss ich sagen: Wir Bürgerlichen sehen das Problem und sind etwas mutiger. Die anderen sind etwas zu wenig mutig, das Budget zurückzuweisen.

Herr Daniel Oester (jfk): Heute Abend habe ich mir vorgenommen, nichts zu sagen. Jedoch, es kribbelt. Unser Ratspräsident forderte eine sachliche Diskussion. Wenn uns nun aber Zwängerei vorgeworfen wird, ist dies nicht sachlich. Ich versuche in meinen fünf Minuten Redezeit, sachlich zu bleiben.

Ich erkläre ihnen, weshalb ich als Jungfreisinniger das Budget in aller Schärfe zurückweise. Beim Schreiben des Newsletter für die Jungfreisinnigen am Wochenende fiel mir auf, dass die Gemeinde Köniz vor ungefähr 10 Jahren einen Schuldenberg von unter 100 Millionen Franken aufwies, heute sind wir bei einem Betrag von 200 Millionen Franken. Ich frage mich, was angesichts dieser Zahlen nachhaltige und verantwortungsvolle Politik ist. Will man ganz hart sein und hört auf die neusten Prognosen, werden von den 5 Millionen ausserordentlicher Erträge dieses Jahres nur 3,5 Millionen Franken für den Abbau des Bilanzfehlbetrages gebraucht. Neben den von uns geforderten Einsparungen von 300'000 Franken auf der Aufwandseite müssten, um ein seriöses Budget auszuweisen, zusätzlich noch 1,5 Millionen Franken - die wir zu viel ausgeben - eingespart werden. Das wäre in meinen Augen ein richtiges Sanierungspaket. Wenn wir schon beim "Erbsenzählen" sind, möchte ich hier erklären, welche Einsparungen der Gemeinderat im Sanierungspaket aufgeführt hat: Zum Beispiel "Kündigung Teletext, Bedarf nicht mehr gegeben; Kündigung GU Koordinationspauschale, Bedarf nicht mehr gegeben. Wird etwas nicht mehr benötigt, ist eine Kündigung nur logisch. Solches gehört in meinen Augen jedoch nicht in ein Sanierungspaket, sondern ist ein normaler Ablauf.

Mein Schlusswort des besagten Newsletter lautet wie folgt: "Ich habe mich in meinem ersten Amtsjahr als Parlamentarier oftmals gefragt, ob es wirklich Aufgabe eines Jungparlamentariers ist, die "alten Hasen" auf ihre Verantwortung bezüglich einer nachhaltigen Finanzpolitik hinzuweisen. Es wäre wohl wesentlich einfacher, neue Ausgaben in unseren politischen Schwerpunkten Bildung, Sport und Umwelt zu fordern. Aus meiner Sicht ist es jedoch nicht seriös, junge Anliegen mit aller Gewalt durchzusetzen, wenn das dafür notwendige Kleingeld einfach nicht vorhanden ist. Gerade der Kampf für gesunde Gemeindefinanzen ist ein Kampf für die junge und ganz junge Generation. Jeder gesparte Franken gibt der jungen Generation Handlungsspielraum für die Erfüllung der zukünftigen Aufgaben. Die heutige Generation finanziert bzw. überfinanziert ihre Bedürfnisse mit der sukzessiven Auflösung von Reserven und mit einem massiven Schuldenwachstum. Die nächste Generation wird neue Probleme lösen müssen. Die Schulden sind dann immer noch vorhanden, die Reserven aber nicht mehr. Wir berauben mit der momentanen Finanzpolitik der zukünftigen Generation jeglichen Handlungsspielraum zur Bewältigung der zukünftigen, heute noch nicht bekannten Herausforderungen. Ich wünsche schöne Weihnachten."

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Urs Maibach, dein vorhin gehaltenes Votum geht - ich kann es nicht anders sagen - unter die Gürtellinie und hat nichts mehr mit Sachpolitik zu tun. Wir haben an unserer letzten Fraktionssitzung innerhalb einer halben Stunde Positionen im Wert von über 2,8 Millionen Franken gefunden, die problemlos aus dem Investitionsplan gestrichen werden könnten. Für Streichungen ist jedoch der Gemeinderat zuständig und nicht das Parla-

ment.

Herr Christoph Salzmann (SP): Ich möchte zum Rückweisungsantrag von GPK und SVP-Fraktion einen Gegenantrag stellen. Zuerst muss ich jedoch noch etwas loswerden. Wir sind eigentlich eine glückliche Gemeinde, wenn wir auf so hohem Niveau "jammern" können. Da legt uns der Gemeinderat doch das beste Budget seit acht Jahren vor und wir tun nichts Besseres, als uns um die letzten 300'000 Franken zu streiten. Mit dem Abbau des Bilanzfehlbetrages sind wir auf Kurs. Das Betriebsergebnis, das im Jahr 2001 ein Minus von 19 Millionen Franken aufwies, im Jahr 2004 minus 5,3 Millionen, wird im Jahr 2007 noch minus 300'000 Franken betragen. 300'000 Franken sind 1,6 Promille des Gesamtaufwandes von 168 Millionen Franken. Ein Promille ist ein Tausendstel. Ein Haar ist dicker als ein Tausendstel Millimeter. Ich selber habe eine Grösse von ungefähr 1,86 Meter = 1860 Millimeter. Meine Körpergrösse steht nun etwa im gleichen Verhältnis zu meinem Haar, wie die besagten 300'000 Franken zum Gesamtaufwand. Das Haarspalten hier macht mich nicht messbar kleiner, zumindest nicht, wenn ich für die Messung einen Meterstab aus einer Eisenwarenhandlung zur Hand nehme. Es geht um die letzten 300'000 Franken, die vielleicht tatsächlich noch zu schaffen sind. Ich habe jedoch Verständnis für den Gemeinderat, wenn er der Meinung war, im Budget nach den letzten Franken zu fahnden, sei zu aufwändig und mache keinen Sinn, wenn die Budgetungenauigkeit lediglich 2 bis 3 Prozent betrage. 2 Prozent sind \pm 3,8 Millionen Franken des budgetierten Aufwandes.

Den Antragstellern des Rückweisungsantrages ist es ein Anliegen, das Budget aufwandseitig um 300'000 Franken zu kürzen, um buchhalterisch auf 0,00 Prozent des Betriebsergebnisses zu kommen. Die SP-Fraktion stellt dem Rückweisungsantrag folgenden Antrag gegenüber: "Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Vollzug des Budgets 2007 Einsparungen von mindestens 300'000 Franken zu erzielen." Damit wird ohne Rückweisung der genau gleiche Effekt erreicht. Für die Zielerreichung ist eine Rückweisung des Budgets unnötig, denn sie hat den grossen Nachteil, dass die Verwaltung ohne Budget und mit grosser Unsicherheit ins Jahr 2007 steigen muss. Sie muss alle ungebundenen Ausgaben zurückstellen, was relativ aufwändig ist. Ich bitte deshalb all jene, welchen es um die Sache geht, unserem Antrag zuzustimmen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Als Mitarbeiter und Personalkommissionspräsident des seco fühle ich mich jeweils befähigt, zum Thema Teuerung etwas zu sagen. Vor allem dann, wenn in der Presse geschrieben steht, das seco habe gesagt. Das werden wir jedoch irgendwann einmal bei einem Glas Bier diskutieren. Ich bin über den Antrag der SP-Fraktion, das Budget nicht zurückzuweisen und den Gemeinderat zu beauftragen, diese 300'000 Franken zu sparen, etwas erstaunt. Vor einer Woche wurde uns erklärt, dass solches, wie es die Gemeinde Ostermundigen vorgenommen habe (pauschale Kürzung des Budgets durch das Parlament mit dem Auftrag an den Gemeinderat, diese selber zu vollziehen), juristisch wahrscheinlich nicht gehe. Ostermundigen hat jedoch genau das gemacht. Zu Urs Maibach: Danke vielmals, dass ich anlässlich einer Finanzdebatte den Vorwurf kassiere, Finanzpolitik zu betreiben. Das freut mich.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe das Bedürfnis, das Wort nochmals zu ergreifen. Mein Eindruck ist, dass wir politisches Schattenboxen betreiben und deshalb möchte ich einiges klarstellen. Auf dem Weg zur Sanierung der Finanzen haben wir mit der Vorlage des Budgets 2007 einen grossen Schritt zurückgelegt. Der Voranschlag ist der beste seit Jahren. Das Ergebnis sieht vor Abschreibungen einen Überschuss von über 13 Millionen Franken vor. Vor einem Jahr betrug er 9,4 Millionen Franken und vor zwei Jahren 8,5 Millionen Franken. Die gesetzlichen Abschreibungen aller Investitionen sind sichergestellt und der Überschuss ermöglicht die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit ausserordentlichen Erträgen um 3,2 Millionen Franken. Im Vorjahr waren es 170'000 Franken, im Jahr 2005 0,9 Millionen Franken. Dies ist nur dank einer klaren und konsequenten Umsetzung der Finanzstrategie möglich, die sich nun auszahlt. Dazu gehört das Sanierungspaket, welches letztendlich Verbesserungen in der Höhe 2 Millionen Franken bringen wird.

Die heute geführte Debatte richtet das Augenmerk vor allem auf die so genannten ausserordentlichen Erträge. Dazu einige Erklärungen: Diese so genannten ausserordentlichen Erträge sind effektiv cashwirksame Erträge, auf der anderen Seite aber auch reine Bilanzbereinigungen. Die Analyse über die Verwendung der ausserordentlichen Erträge der letzten 8

Jahre zeigt, dass wir im Jahr 2007 erstmals 100 Prozent dieser Erträge für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages einsetzen können. Das ist eine Trendwende. Ein Wort zu Valentin Lager: Du hast gesagt, dass wir von vergünstigten Abschreibungssätzen profitieren würden. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Erstens wurde uns diese Reduktion der Abschreibungssätze nur deshalb gewährt, weil wir in früheren Jahren zu viel abgeschrieben haben. Zweitens zwingt uns das Gemeindegesetz beim Abbau der Bilanzfehlbeträge dann vice versa (umgekehrt) zu erhöhten Abschreibungen. Diese können dramatisch hoch sein, unter Umständen müssen dafür sogar 100 Prozent abgeschrieben werden. Beides, die Abschreibungsreduktion - welche du herangezogen hast - und die Abschreibungserhöhung beim Bilanzfehlbetrag halten sich in etwa die Waage. Jedenfalls im Budget 2007. Drittens sind im Finanzplan die ab dem Jahr 2010 wieder auf 10 Prozent erhöhten Abschreibungssätze bereits berücksichtigt. Es ist unschwer zu erkennen, dass wir die Situation trotz dieser Erhöhung und ohne ausserordentliche Erträge im Griff haben. Das Ziel unserer Politik ist es, im Jahr 2009 genau diese - im Finanzplan nachgewiesene - Situation vorliegend zu haben.

Einige Worte zu den ausserordentlichen Erträgen: Weshalb werden diese überhaupt "ausserordentlich" genannt? Doch deshalb, weil sie einmalig sind oder anders ausgedrückt, nicht jedes Jahr eintreffen werden. Wenn Sie jedoch feststellen müssen - ich habe anlässlich der GPK-Sitzung den Nachweis dazu erbracht -, dass wir seit mindestens 8 Jahren jedes Jahr so genannt ausserordentliche Erträge generieren, muss man sich fragen, was daran so ausserordentlich sein soll. Die Gemeinde Köniz betreibt seit langem eine strategische Bodenpolitik, die in den letzten Jahren noch akzentuiert wurde. Deshalb werden mit grosser Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren immer wieder solche Erträge generiert. Vielleicht nicht jedes Jahr in dieser Grössenordnung, aber ohne - wie Stefan Lehmann letztes Jahr gesagt hat - das Verscherbeln von Tafelsilber. Unsere Landpolitik produziert laufend neues Tafelsilber. Wenn wir Land verkaufen, verjubele wir diesen Ertrag nicht fahrlässig, sondern wir investieren in die Zukunft der Gemeinde Köniz, welche uns allen am Herzen liegt. Weil wir nur noch Verträge mit Baurechtszinsen tätigen, führt dies auch zu entsprechenden nachhaltigen Erträgen. Soweit meine Äusserungen zum Begriff Ausserordentlichkeit.

Ich bitte Sie auch, nicht ausser Acht zu lassen, dass die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages unser Budget im Sinne so genannter ausserordentlicher Ausgaben nur zeitlich beschränkt belastet. Ist der Bilanzfehlbetrag einmal abgebaut, was voraussichtlich Ende 2009 der Fall sein wird - vielleicht sogar Ende 2007 -, werden diese Belastungen nicht mehr vorhanden sein. Hier hat Hugo Staub eine Vermutung ausgedrückt, die sich sehr wohl so abspielen könnte. Aufgezeigt am Beispiel des Voranschlages 2007, würde dies heissen, dass wir nicht nur eine schwarze Null schreiben, sondern einen Reingewinn von 3,2 Millionen Franken generieren, womit wir Eigenkapital bilden können. Mir ist wichtig, dass sie sich dieses Phänomens bewusst sind. Sobald der Bilanzfehlbetrag abgebaut ist, werden wir einen radikalen - ich möchte sogar sagen dramatischen - Wechsel der Verhältnisse zum Besseren erleben. Wir werden plötzlich Gewinne schreiben. Mit ausserordentlichen Erträgen werden wir Eigenkapital bilden. Das wird - dies an die Adresse der Jungfreisinnigen - kerngesunde Finanzpolitik sein, die uns Handlungsspielraum bringen wird. Ich bitte Sie aus diesem Grund eindringlich, auf dem Boden der Realität zu bleiben und nicht aus einem X ein U zu machen. Wir sind klar auf Kurs und unser Finanzhaushalt ist inzwischen strukturell ziemlich gesund. Die Unkenrufe - ich empfinde es jedenfalls so - orientieren sich nicht an der Sache, hier wird Parteipolitik in Reinkultur betrieben. Solches - ich muss es leider sagen - betrübt mich.

Ich komme zu meinem Fazit: Eigentlich müsste ich froh über den finanzpolitischen Druck sein, den ich vor allem von der bürgerlichen Seite des Parlamentes spüre. Dieser erleichtert mir die Arbeit als Finanzminister von Köniz. Aber eine Rückweisung des Budgets, weil wir 300'000 Franken - infolge neuer Schätzungen - bei den Steuereinnahmen und nicht bei den Ausgaben einsparen, ist ein sehr kurzfristiges Einwirken und nicht nachhaltiges Schaffen. Das führt zunächst zu einem Mehraufwand, an welchem ich keine Freude habe. Ich habe ebenfalls keine Freude daran, dass mit dem Rückweisungsantrag wichtige Projekte und Geschäfte zurückgewiesen werden. Deshalb empfehle ich ihnen, dem Gemeinderat zu folgen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und das Budget 2007 zu genehmigen. Kommt der Antrag der SP-Fraktion zur Abstimmung, kann ich damit leben. Wir werden versuchen, diesen Antrag beim Vollzug des Budgets 2007 umzusetzen. Er lautet im Übrigen nicht gleich wie jener in Ostermundigen, Valentin Lager. In Ostermundigen kürzte das Parlament das Budget und

beschloss, der Gemeinderat solle das gekürzte Budget vollziehen. Der Antrag der SP-Fraktion lautet, ähnlich wie es im Grossen Rat die bürgerliche Mehrheit vornahm, dass beim Vollzug des Budgets die entsprechenden Einsparungen durch Weisungen zu erzielen sind. An einen solchen Auftrag würden wir uns halten. Verstehen sie dies als Brücke, die ich hier bauen möchte, damit das Budget genehmigt werden kann.

Der Parlamentspräsident: Damit die bürgerlichen Fraktionen den Antrag der SP-Fraktion diskutieren können, unterbrechen wir die Sitzung für 2 Minuten. Der Antrag lautet: "Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Vollzug des Budgets 2007 Einsparungen von mindestens 300'000 Franken zu erzielen."

Sitzungsunterbruch für 2 Minuten.

Mit 21 : 19 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Der Antrag auf Rückweisung des Budgets 2007 wird angenommen.

Der Antrag der SP-Fraktion: "Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Vollzug des Budgets 2007 Einsparungen von mindestens 300'000 Franken zu erzielen", wird mit 19 : 21 Stimmen abgelehnt.

Der Parlamentspräsident: Der Gemeinderat wünscht eine Pause für 10 Minuten. Eine kleine Zwischenverpflegung in Form von Äpfeln und Schokolade steht zur Verfügung.

Sitzungsunterbruch für 10 Minuten.

Der Parlamentspräsident: Ich gebe bekannt, dass noch 39 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Markus Stähli verliess die Sitzung, da er an einer Grippe erkrankt ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat hat sich nach der Rückweisung des Budgets 2007 kurz darüber beraten. Es ist sicher im Interesse aller, nicht mit einem nicht genehmigten Budget ins nächste Jahr starten zu müssen. Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen eine Folgesitzung für nächsten Montag, 18. Dezember 2006. Am Mittwoch werden wir das Budget beraten und die heute stattgefundene Debatte auswerten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die fehlenden 300'000 Franken durch Einsparungen auf der Aufwandseite beschliessen können. Damit werden wir am nächsten Montag ein Budget vorlegen, das dem Antrag der GPK Rechnung trägt. Wir stellen in dieser ausserordentlichen Situation den formellen Antrag für die Durchführung einer Parlamentssitzung am Montag, 18. Dezember 2006.

Der Parlamentspräsident: Das Parlamentsbüro wird im Verlauf der heutigen Sitzung über den Antrag des Gemeinderates entscheiden.

5. Sanierungspaket 2007 - 2008

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Vom Sanierungspaket 2007 - 2008 nimmt das Parlament lediglich Kenntnis. Es ist integrierender Bestandteil der Voranschläge 2007 und 2008. Im Sanierungspaket sind die Ziele, die Projektorganisation, die erarbeiteten Sanierungsmassnahmen und die Kontrolle der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen erläutert. Grundlage für dieses Papier ist die Dreifachstrategie des Gemeinderates: 1. Die Förderung des Wohnungsbaus und die Ansiedlung von Unternehmen. 2. Sanierungsmassnahmen in zwei Schritten, 2007 und 2008. 3. Gemeindelobbying, insbesondere hinsichtlich Transferhaushalt und den steuerpolitischen Rahmenbedingungen. Notwendig ist das Sanierungspaket, um den Bilanzfehlbetrag nachhaltig abzubauen und Eigenkapital zu bilden. Die Bildung von Eigenkapital ist notwendig, um sich von der Abhängigkeit von Landgeschäften und Mindestabschreibungen zu lösen.

Als Ergebnis resultieren 2,3 Millionen Franken, bestehend aus einem Minderaufwand von 1,7 Millionen Franken und einer Steigerung der Ertragsseite um 0,6 Millionen Franken. Der grösste Brocken ist die Reduktion der Pensionskassenbeiträge, d.h. der Arbeitgeberbeiträge um 0,5 Millionen Franken; befristet auf zwei Jahre, jedoch korrigierbar, falls Börsengründe dies notwendig machen. Eine temporäre Massnahme, die nur deshalb möglich ist, da es der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz gut geht. Das möchte ich bei dieser Gele-

genheit positiv vermerken. Der temporäre Rabatt auf der Beitragsseite ist ausserdem möglich, weil die Leistungen der Pensionskasse bereits heute auf einem guten Niveau sind. Das Sanierungspaket enthält Aufwandminderungen und Ertragssteigerungen, und berücksichtigt auch Aufgaben, deren Wegfall fraglich ist, weil nicht klar ist, ob solche überhaupt in ein Sanierungspaket gehören. Die GPK empfiehlt dem Parlament aus all diesen Gründen, vom Sanierungspaket wie folgt Kenntnis zu nehmen: Zustimmende Kenntnisnahme 3 Stimmen, teilweise zustimmende Kenntnisnahme 4 Stimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Sanierungspaket wurde vom Gemeinderat nach dem Grundsatz, Gesundschumpfen statt Kaputtsparen, durchgeführt. Wir gingen nicht mit einer masochistischen Mentalität an die Arbeit, sondern versuchten den Spielraum dort auszunützen, wo es möglich war, ohne weh zu tun. Wehtun in dem Sinne, dass Personal hätten entlassen werden müssen oder den Standard unserer Dienstleistungen herunter zu fahren. Einzelnen von ihnen gefielen einzelne Massnahmen nicht, weil diese - wie mir schien - zu wenig weh tun. Bei der Kündigung von Teletext - um dies als Beispiel zu nehmen - gab es Stimmen, die erklärten, Meldungen via Teletext hätten einen Nutzen und machten Sinn. Trotzdem haben wir die Kündigung beschlossen, weil die Mehrheit der Meinung war, diese Dienstleistung könne abgebaut werden. Bei anderen Beschlüssen konnten wir gesetzliche Veränderungen - z.B. bei der Lebensmittelkontrolle, die durch den Kanton übernommen wird - zur Kenntnis nehmen. Damit entstehen echte Einsparungen, weil eine Direktion mit dem Wegfall einer Aufgabe an Spielraum gewinnt und die frei gewordenen Mittel kostenneutral andernorts einsetzen kann. Wir haben diesem Paket bewusst nicht den Titel Sparpaket, sondern Sanierungspaket gegeben. Es handelt sich um eine Mischung von einnahme- und ausgabeseitigen Massnahmen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das Sanierungspaket 2007 - 2008 ist Teil der Finanzstrategie, welcher wir zugestimmt haben. Die GB/GFL-Fraktion nimmt vom Sanierungspaket zustimmend Kenntnis. Wenn auch nicht euphorisch und in einigen Punkten eher zähneknirschend. Der Gemeindepräsident Luc Mentha erwähnte, es sei kein Spar- sondern ein Sanierungspaket, wo es um Umlagerungen und Bereinigungen geht, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätten stattfinden können. Wir sind der Meinung, der Gemeinderat habe gute, virtuose Arbeit geleistet. Wenn ich sehe, wie virtuos der Gemeinderat mit grossen Budgetposten umgeht, erinnert mich das ein wenig an Jongleure im Zirkus, die sich Keulen zuwerfen und eine ab und zu nicht benötigte Keule einer Hilfsperson zuwerfen, welche diese einsammelt.

Zuerst zum Jonglieren an sich: Wir sind damit einverstanden, dass die Pensionskassenbeiträge - temporär für zwei Jahre - und gleichzeitig der Teuerungsausgleich reduziert werden. Uns ist die Tatsache wichtig, dass damit Entlassungen vermieden werden können. Aber - wie bereits erwähnt - muss der Deckungsgrad der Pensionskasse gut im Auge behalten werden. Wichtig ist ebenfalls und hier können grosse Einsparungen erzielt werden, dass die Abfallsorgung voll nach dem Verursacherprinzip funktionieren soll und die Gemeinde den Spezialfinanzierungen einen marktüblichen Zins bezahlt.

Nun komme ich noch auf die eingesammelten Keulen zu sprechen, an welchen niemand wirklich Freude hat. Ich bin jedoch darüber erstaunt, wie viele der eingesammelten Keulen fast niemandem weh tun. Eine Keule ist die Erhöhung der Tarife für den Schulsport und die Musikschule. Das tut weh. Eine andere Keule nennt sich "Verkehrsberuhigungen minimieren". Mir wäre es lieber, wenn der Verkehr minimiert würde. Zu den SBB-Tageskarten, welche die Gemeinde verkauft: Damit will man den Auslastungsgrad erhöhen. Die SBB-Tageskarten sind jedoch vielfach bereits jetzt auf Wochen hinaus ausverkauft. Eine Anschaffung von zusätzlichen Tageskarten würde Mehreinnahmen generieren, jedoch den Bahnhof Köniz konkurrenzieren. Wenn beim Versand der SBB-Tageskarten gleich noch ein Prospekt des Bahnhofs Köniz mitgesendet würde, dass z.B. Auslandsbillette gekauft werden können, ohne wie in Bern mit Wartezeit zu rechnen, würde damit die Konkurrenzierung etwas aufgehoben.

Wir haben noch eine kleine Keule: Der Ankauf von Windstrom bei den BKW wurde gestrichen. Dieser Betrag ist zwar nicht sehr hoch, uns scheint aber das Signal das falsche zu sein. Wir interpretieren es jedoch positiv in dem Sinn, dass der Gemeinderat in Zukunft bereit ist, erneuerbare Energie nicht mehr von auswärts einzukaufen, sondern nur noch auf Gemeindegebiet produzierte.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion wird vom Sanierungspaket zustimmend

Kenntnis wie auch teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Die zustimmende Kenntnisnahme hat einen Grund, die teilweise zustimmende deren drei. Für die zustimmende Kenntnisnahme war wichtig, dass für das Sanierungspaket grosse Arbeit geleistet wurde und Einsparungen in Millionenhöhe erreicht wurden. Die drei Gründe der teilweise zustimmenden Kenntnisnahme sind folgende: Erstens sind wir der Meinung, im Sanierungspaket seien relativ viele Alibizahlen enthalten. Gemeindepräsident Luc Mentha klärte mich jedoch dahingehend auf, dass auch solches in ein Sanierungspaket gehöre. Wenn jedoch die Reduktion von Schulkommissionen beschlossen wird und dies als Einsparung ins Sanierungspaket einfließt, leuchtet mir das nicht ein. Zweitens scheinen uns die grossen Einsparungsbeträge eher Buchhaltungskniffe zu sein und gehen eher in Richtung Spezialfinanzierung usw. Sanierung ist hierfür ein eher zu grosses Wort. Drittens möchten wir erklären, dass ein Sanierungspaket nicht einfach ein Zurechtbiegen von Finanzzahlen ist, sondern ein Überlegen wie Leistungen, welche die Gemeinde erbringen muss, reduziert werden können und dafür eine mehrheitsfähige Lösung gefunden werden kann; wenn möglich noch in Varianten. Das ist beim vorliegenden Sanierungspaket noch nicht ganz der Fall.

Herr Mark Stucki (FDP): Die Sanierung der Gemeindefinanzen ist notwendig, darüber wurde bereits anlässlich der Budgetdebatte gesprochen. Deshalb begrüßen wir die Vorlage im Grundsatz. Das Sanierungspaket beweist nicht zuletzt, dass durchaus Möglichkeiten für Abstriche oder Mehreinnahmen vorhanden sind. Etwas "Fett am Knochen" war wohl noch vorhanden. Das Sanierungspaket, über welches wir heute beraten, ist jedoch sicher kein Sparprogramm. Mehr als ein Viertel der Massnahmen betreffen die Einnahmeseite und bei einem Teil der Punkte, welche die Ausgabeseite betreffen, kann zumindest das eine oder andere Fragezeichen gesetzt werden, ob diese als Massnahme tituliert werden können. Wenn Ausgaben wegfallen, weil deren Bedarf nicht mehr gegeben ist oder sie vom Kanton übernommen werden, ist es problematisch, solches als Sanierungsmassnahme zu bezeichnen. Hier ist wohl etwas mehr Rauch als Feuer vorhanden. Der Gemeinderat hätte nach Meinung der FDP/jfk-Fraktion bei den Anstrengungen, die Finanzen konsequent zu sanieren, noch einen Schritt weitergehen dürfen. Unter dem Strich nehmen wir deshalb teilweise zustimmend Kenntnis vom Sanierungspaket.

Herr Hugo Staub (SP): Das Sanierungspaket 2007 - 2008 leistet einen wichtigen und notwendigen Beitrag zur Sanierung des Finanzhaushaltes. Ich habe bereits in meinem Votum betreffend Budget 2007 erwähnt, dass wir dieses Sanierungspaket mittragen, obschon gewisse Punkte vorhanden sind, die der SP-Fraktion nicht gefallen. Mit den Worten von Herbert Grönemeyer könnte gesagt werden, "es tut gleichmässig weh". Auf der Ausgabenseite heisst dies z.B. Verzicht auf den Ankauf von ökologischem Windstrom, auf der Einnahmenseite z.B. etwas höhere Gebühren für Fahrten auf den Gurten. Insgesamt wird ein relativ hoher Anteil der Sanierungsmassnahmen durch das Gemeindepersonal getragen. In diesem Sinn gehört dem Personal ein spezieller Dank. Die SP-Fraktion wird vom Sanierungspaket mehrheitlich zustimmend Kenntnis nehmen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Auch die SVP-Fraktion würdigt die Sparbemühungen des Gemeinderates durchaus. Uns stören die etwas fehlende Nachhaltigkeit, die Reduzierung der Pensionskassenbeiträge oder der Umstand, dass wegfallende Ausgaben als Sparmassnahmen tituliert werden. Ebenso stört uns, dass Aufgaben in Spezialfinanzierungen übergehen, deren Finanzierung dann durch Gebührenerhöhungen erreicht wird. Die SVP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis vom Sanierungspaket 2007 - 2008.

Herr Martin Graber (SP): In der Weihnachtszeit werden Pakete geöffnet. Einige findet man gut, andere etwas weniger. Wir dürfen hier ein Gesamtpaket öffnen und einiges ist auch hier nicht schön. Mir fehlt etwas: Jahr für Jahr gibt Köniz relativ viel Geld für Unnötiges aus, das zum Teil Nachteile mit sich bringt. Die Bildungsforschung zeigt eindeutig, dass integrative Schulmodelle klar erfolgreicher für alle Schulkinder auf allen Stufen sind. Köniz gibt jedoch Jahr für Jahr einen sechsstelligen Betrag für die Spezial-Sekundar-Klassen in der Lerbermatt aus. Das ist viel zu viel Geld für etwas, das den Schulen in der Gemeinde Köniz vor allem Nachteile bringt. Ich bin der Meinung, es sei an der Zeit, diesen teuren, unnötigen Zopf abzuschneiden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die doch recht positive Aufnahme des Sanierungspaketes. Ich danke der Verwaltung, die sehr loyal, kompetent und konstruktiv an

diesem Sanierungspaket mitgearbeitet hat. Vielleicht noch zu den gefallen Voten betreffend Pensionskasse und Teuerungsausgleich: Die Senkung der Pensionskassenbeiträge ist kein Einschnitt, den das Personal spürt. Im Gegenteil, die Beitragssenkung passiert beidseitig, d.h. die Arbeitnehmenden erhalten nächstes Jahr mehr Lohn, weil die Beitragsreduktion auch auf deren Beiträgen erfolgen wird. Wir haben versucht, gemäss dem Grundsatz "Gesund schrumpfen statt Kaputtsparen", nur so viele Massnahmen als nötig und diese so sanft als möglich zu treffen. Wir haben unter anderem Fragen wie jene der Spezial-Sekundar-Klassen geprüft, jedoch verworfen, weil wir der Meinung sind, das Paket könne anders geschnürt werden. Es ist jedoch nicht auszuschliessen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, dass wir nochmals "über die Bücher" gehen werden. Der Verlauf der Finanzkonsolidierung wird zeigen, ob diese Thematik wieder aufgenommen werden muss.

Das Parlament fasst mit 15 Stimmen zustimmend und 24 Stimmen teilweise zustimmend folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Sanierungspaket 2007 - 2008 des Gemeinderates vom 1. November 2006.

6. Direkter Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen

Verpflichtungskredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Als Voraussetzung für die Überbauung Juch/Hallmatt schreibt der Richtplan Verkehr eine direkte Fussgängerverbindung zur S-Bahnstation Niederwangen fest. Der Gemeinderat traf eine Vereinbarung bezüglich der öffentlichen Erschliessung und erteilte einen Studienauftrag. Das Siegerprojekt ist das nun vorliegende von Cléménçon + Ernst Architekten / Bächtold AG. Die Kosten für das gesamte Projekt betragen 2,84 Millionen Franken. Der Gemeinderat entschied sich für eine etappierte Realisierung des Projektes und verzichtet auf den Bau von Turm 1, dessen Realisierung auf 500'000 Franken zu stehen gekommen wäre. Die Firmen Fust AG, Genossenschaft Migros Aare und Maag Technic beteiligen sich mit 375'000 Franken an der Realisierung. Das ergibt einen Nettokredit von 1,965 Millionen Franken Anteil Gemeinde für das etappierte Projekt.

In der GPK gab Folgendes zu diskutieren: Wer, wann und wo diese Anlage benützen wird, ist noch nicht ganz klar. Dafür liegen wenige Zahlen vor. Was für Arbeitsplätze werden in diesem Gebiet geschaffen? Ebenfalls ist noch nicht klar, was wann realisiert wird. Die SBB wollen sich nicht an den Realisierungskosten beteiligen, obschon ihre Perrons verlängert werden. Diese Kosten betragen 240'000 Franken plus 50'000 für die Sicherheit. Auch der Kanton, der Eigentümer der Riedmoosbrücke ist, sieht von einer Beteiligung an den Realisierungskosten ab. Ein weiteres Problem sind die laufenden Kosten, welche mit 91'000 Franken im Projekt aufgeführt sind. Ein Lift mit Glas ist in meinen Augen ein günstiges "Opfer" für Vandalismus und wir müssen damit rechnen, dass er einige Male pro Jahr nicht betriebsbereit sein wird. Trotzdem ist die Entwicklung im Wangental wichtig, ich denke auch an andere Projekte wie z.B. das Wangenbrüggli. In der Diskussion kam zum Vorschein, dass am vorgesehenen Standort der Türme ein Tunnel vorhanden wäre, der die Perronverbindung möglich machen würde. Dieser Tunnel ist jedoch nicht rollstuhlgängig. Dazu wird Gemeinderätin Katrin Sedlmayer noch etwas erklären. Die GPK entschied sich dazu, einen Gegenantrag zu stellen, der verlangt, das Projekt nochmals zu etappieren und nur einen Turm - Turm 2 - zu bauen. Dies unter Berücksichtigung der Mehrkosten für die Baustelleninstallation. Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Gegenantrag mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, anzunehmen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Danke für deine Erläuterungen, Stefan Lehmann. Ich nehme kurz Stellung dazu: Wer, wann diese Anlage benützen werde, sei nicht klar, hast du erklärt. Wir sehen vor, den kantonalen Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Juch/Hallmatt weiterzuentwickeln. Momentan sind dort noch einige Baufelder leer. Ich erinnere jedoch daran, dass sich der Gemeinderat in der Legislaturplanung als Ziel setzte, diese zu aktivieren. Neu ist das Bauhaus im ESP Juch/Hallmatt vertreten und es gilt festzustellen, dass dies wie ein Katalysator auf andere Baufelder wirkt. Die Firma Fust will ein zweites Baufeld überbauen und hat dafür bereits viele Anfragen. Somit werden sicher neue Arbeitsplätze geschaffen und die beiden Türme als schnelle Verbindung zum öffentlichen Verkehr wird rege benützt werden.

Das Ried - die grösste Baulandreserve der Gemeinde Köniz - wollen wir ebenfalls weiterentwickeln und somit werden von dorthier Pendler den öffentlichen Verkehr, d.h. die beiden Türme benützen. Der Zeitplan liegt noch nicht genau fest. Die Firma Fust ist aktiv auf der Suche nach einem Investor für die Mitfinanzierung des zweiten Baufeldes. Wie Stefan Lehmann richtig mitteilte, haben sich sowohl der Kanton als auch die SBB auf eine Kostenbeteiligungsanfrage hin negativ geäußert. Hier kann nichts ausgerichtet werden. Ich verstehe auch, dass die laufenden Kosten, welche diese Türme auslösen werden, ein Stück weit stören. Betriebskosten entstehen jedoch bei allen Gebäuden. Sie sind in den Anträgen meistens nicht aufgeführt, aber in diesem Fall werden sie explizit ausgewiesen.

Was die Entwicklung im Gebiet Wangenbrüggli betrifft: Wir sind in Gesprächen mit allen Grundeigentümern, wobei Verhandlungen mit sechs verschiedenen nicht einfach sind. Beim von Stefan Lehmann erwähnten Tunnel handelt es sich um eine Stahlkonstruktion. Mit dem Velo hatte ich - bei meiner heutigen Besichtigung - mit gesenktem Kopf knapp Platz. Er unterquert die Eisenbahngleise, jedoch nicht die Autobahn und der Weg nach dem Tunnel führt in Form eines Trampelpfades weiter. Der Tunnel ist weder rollstuhlgängig noch beleuchtet. Er müsste auch die Autobahn unterqueren und der Niveauunterschied zwischen Autobahnhöhe und der Firma Fust wäre ebenfalls noch zu überwinden. Wie bei der Unterführung in Oberwangen würde es sich um einen langen düsteren Schlauch handeln, und die Realisierung eines solchen ist von der sozialen Sicherheit her sicher fragwürdig.

Die Fragen zur Etappierung beantworte ich wie folgt: Wir rechnen bei einer Etappierung zwischen den Türmen 2 und 3 mit Kosten von 40'000 Franken für zusätzliche Baustelleninstallation plus 25'000 Franken für die Sicherung der Bahnlinie. Die erwähnten 25'000 Franken sind eine Schätzung unsererseits, da wir von den SBB bis heute keine Antwort auf unsere entsprechende Frage erhalten haben. Wenn während der Bauphase auf Busbetrieb umgestellt werden müsste, käme das Projekt entsprechend teurer zu stehen. Wir rechnen bei einer Etappierung von Turm 2 und 3 mit 65'000 - 70'000 Franken zusätzlichen Kosten. Die GPK wollte noch wissen, wie sich die Kosten von 200'000 Franken für bauliche Verbesserungen auf der Riedmoosbrücke zusammensetzen. Die Anschlüsse für die Lifte müssen erstellt werden und wir werden auf der Brücke eine Mittelzone realisieren, auf welcher die Beleuchtung erstellt wird. Ebenfalls muss die Schulwegsicherung verbessert werden. Der Schulweg ist dort gefährlich und während der Mittagszeit sind jeweils Mütter anwesend, die die Schulkinder über die Riedmoosbrücke lotsen. Den Anwohnenden im Wangental ist die Realisierung der zwei Türme und die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Riedmoosbrücke ein grosses Anliegen.

Eintreten

Herr Marco Streiff (EVP): Ich hoffe, die Bürgerinnen und Bürger aus dem Wangental können morgen sagen, dass die Gemeinde Köniz ihre Versprechen halte. Das vorliegende Geschäft ist nichts Neues, sondern im Wangental wird bereits seit längerem für diese Erschliessung gekämpft. Früher unter Gemeinderat Walo Hänni, dann unter Gemeinderat Urs Wilk und nun unter Gemeinderätin Katrin Sedlmayer. Ebenfalls wurde versprochen, eine bessere Fussgängererschliessung als Zugang zum Bahnhof Niederwangen zu realisieren. Es handelt sich hier um ein sehr wichtiges Geschäft. Wichtig für das Wangental, aber auch für die ganze Gemeinde Köniz. Liest man den Bericht über das Bevölkerungsszenario, der uns mit den Parlamentsunterlagen zugesandt wurde, ist ersichtlich, dass vor allem in Niederwangen mit Wachstum zu rechnen ist, d.h. Gewerbe und Bevölkerung siedeln sich vor allem hier an. Im Wangental wurde jedoch bis heute - im Gegensatz zu Köniz - sehr wenig in die Infrastruktur investiert. Diese beiden Türme sind wichtig, damit die neuen Industrie- und Gewerbegebiete im Bereich Juch/Hallmatt sowie das Wohngebiet Ried gut an den öffentlichen Verkehr angebunden werden können. Das Zentrum von Niederwangen - das Wangenbrüggli - ist nicht besonders attraktiv und die Realisierung der beiden Türme wäre ein Beitrag zur Aufwertung. Wir hörten, dass die Firma Fust ein Businesscenter erstellen will, d.h. es entstehen viele Arbeitsplätze. Das Projekt kann jedoch nur realisiert werden, wenn die Basiserschliessung mit der Errichtung der beiden Türme bewilligt wird. Die Erstellung der beiden Türme ist nicht nur für zukünftige Anwohnende und Pendler wichtig, sondern jetzt für die bereits bestehende Bevölkerung. In Niederwangen wohnen heute ungefähr 800 Personen, für welche diese Erschliessung wichtig ist. Ich lehne die von der GPK beantragte Etappierung aus folgenden Gründen ab: Es handelt sich um ein durchdachtes Projekt, das aus drei Türmen besteht. Ein Turm wurde nun bereits weggelassen und wenn nun noch ein weiterer nicht realisiert würde,

entspräche das Projekt überhaupt nicht mehr der gut durchdachten Projektidee. Ausserdem hätte das Weglassen eines Turmes für die Fussgänger einen langen Umweg via Unterführung zur Folge. Die Befürchtung, dass damit gefährliche - weil verbotene - Gleisüberquerungen durch Pendler entstehen würden, ist nicht von der Hand zu weisen. Wie bereits Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erwähnte, müssten mit der Realisierung der beiden Türme die Baustelleninstallationskosten auch nicht zweimal aufgebracht werden. Will man einerseits die Entwicklung im Bereich Juch/Hallmatt berücksichtigen, andererseits aber auch die Infrastruktur für die Bewohner im Ried verbessern, braucht es unbedingt die Realisierung beider Türme. Aus diesen Gründen wird die EVP/CVP-Fraktion dem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

Frau Claudia Egli (SP): Das vorliegende Geschäft ist ein bereits altes Projekt. Bei dieser Planung hat man sich sehr viel überlegt. Man wollte nicht einfach zwei Türme projektieren, um ein Zeichen zu setzen, das wunderbar sei. Das nun vorliegende Projekt hat "Hand und Fuss", wird nachhaltig sein und ganz klar ein Zeichen für die Industrie im Wangental setzen. Wenn wir nun von den beiden verbliebenen nur noch einen Turm realisieren lassen wollen, können wir das. Das wäre eine Lösung. Die Realisierung nur eines Turmes, führt dazu, dass er nur auf eines der beiden Perrons führt und wenn das andere Perron benützt werden muss, ist dies mit Risiken verbunden. Die Unterführung wäre sicher eines davon, Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erwähnte dies bereits. Ich wäre sehr froh, wenn das Parlament Rücksicht darauf nimmt, dass diese beiden Türme zusammen gehören und es an und für sich schade wäre, wenn infolge von drei Etappierungen noch mehr Mittel in dieses Projekt investiert werden müssten. Die Realisierung von Turm 2 und 3 zusammen wäre ein Zeichen für Niederwangen. Letzte Woche anlässlich der REK-Veranstaltung, meldete sich eine Person, die es schade fand, dass anlässlich der Überprüfungen die Anbindungen an den öffentlichen Verkehr ausserhalb der Gemeindegrenzen - z.B. in Richtung Bümpliz - nicht eingehender geprüft worden seien. Das Wangental will jedoch zur Gemeinde Köniz gehören und mit der Zustimmung zur Realisierung dieser beiden Türme kann das Parlament ein Zeichen dafür setzen, dass dem auch wirklich so ist. Die Bevölkerung von Köniz kann - wenn dieses Zeichen mit den beiden Türmen einmal gesetzt ist - stolz auf dieses Gebiet sein. Ich präzisiere das Votum von Marco Streiff dahingehend, dass im Gebiet Niederwangen mehr als 800 Einwohnende von diesen Türmen profitieren würden. Niederwangen ist inzwischen gross. Auch aus diesem Grund ist ein Abwarten schlecht, wir müssen jetzt handeln.

Herr Jan Remund (GB): Die GB/GFL-Fraktion ist sich der langen und nicht einfachen Geschichte dieses Ortes und der Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr bewusst. Die Vorlage überzeugt nicht in allen Punkten, für uns Grüne überwiegen jedoch die Vorteile. Die Realisierung kommt teuer zu stehen. Dies liegt unter anderem an den schlechten Infrastrukturverträgen, welche die Gemeinde seinerzeit mit den Bauherren abgeschlossen hat. Der Anschluss an den öffentlichen Verkehr ist für den kantonalen Entwicklungsschwerpunkt Juch/Hallmatt zwingend. Er ist in der Überbauungsordnung vorgesehen und auch die kantonale Gesetzgebung schreibt einen direkten Anschluss an den öV für Einkaufsnutzungen vor. Das hängige Baugesuch der Firma Fust muss ohne die Realisierung der beiden Türme wahrscheinlich abgelehnt werden. Köniz hat zum ESP Ja gesagt und muss nun auch zu den Türmen Ja sagen. Diese setzen zudem ein deutliches Zeichen für Niederwangen. Das ist ein erster Schritt zur Aufwertung des momentan noch gesichtslosen Zentrums. Die beiden Türme ermöglichen eine bessere Verknüpfung für Fussgänger vom Ried zum Bahnhof als auch für die Pendler im Gebiet Juch/Hallmatt. Der Fussweg wird deutlich kürzer. Wer zur Überbauung Ried Jja sagt, muss dies auch zu den Türmen sagen. Die Planung verbessert zudem die Verkehrssicherheit auf der Riedmoosbrücke, die unter anderem als Schulweg genutzt wird. Mittelfristig ermöglichen diese Türme auch einen besseren Anschluss von Bahn und Bus. Zwar ist noch keine Busverbindung vorhanden, diese war jedoch bereits im Buskonzept West der RVK (Regionale Verkehrskonferenz) vorgesehen und wird mit ziemlicher Sicherheit in den nächsten Jahren kommen.

Der Antrag der GPK, nur einen Turm zu bauen, ist aus unserer Sicht mehrheitlich abzulehnen. Dieser Kompromiss hilft niemandem und nutzt etwa soviel, wie wenn die Türme nur bis zur Hälfte hinauf gebaut würden. Mit nur einem Turm besteht die Gefahr, dass die Pendler infolge des langen Weges die Abkürzung über die Geleise benützen würden, was an diesem Ort, wo die Schnellzüge mit über 100 Stundenkilometern durchfahren, sehr gefährlich ist. Zudem ist die soziale Sicherheit nicht gegeben. Eine Etappierung würde die Kosten zudem erhöhen.

Niederwangen wartet schon lange auf diese Türme. Eine Ablehnung des Geschäftes würde somit eine neue Planung notwendig machen und die Realisierung um weitere Jahre hinauschieben. Die im REK entworfene Idee für andere Verbindungen der beiden Teile von Niederwangen ist zwar gut, die Umsetzung liegt jedoch in den Sternen geschrieben und dient zudem nicht der Erschliessung des ESP Juch/Hallmatt. Aus all diesen Gründen stimmt die GB/GFL-Fraktion dem Geschäft mehrheitlich zu.

Herr Christian Balz (FDP): Die Erstellung der Zugänge vom Bahnhof Niederwangen auf die Riedmoosbrücke muss nun realisiert werden. Die beiden Türme dienen der Verbindung des öffentlichen Verkehrs zum ESP Juch/Hallmatt, wo die Firma Fust ein Businesscenter erstellen will, das bereits baubewilligt ist. Dieser Businesscenter enthält eine Fläche von 9'000 Quadratmetern für Verkauf, Ausstellungen, Gewerbe und Hotel und schafft 300 Arbeitsplätze. Wie dem Bericht und Antrag des Gemeinderates entnommen werden kann, ist der Zugang für den öffentlichen Verkehr eine verbindliche Voraussetzung für die Realisierung dieses Bauvorhabens. Die Verbindung der S-Bahnstation Niederwangen auf die Riedmoosbrücke dient selbstverständlich nicht nur dem ESP Juch/Hallmatt. Die bestehende Überbauung Wangenbrüggl, Brüggbühl und die geplante Überbauung Ried werden durch den Bau dieser Zugänge mit einem direkten Zugang zum öffentlichen Verkehr viel besser erschlossen als bis anhin. Ich persönlich votiere für die gleichzeitige Realisierung der beiden Türme. Der dritte Turm kann zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden. Möglich ergibt sich dafür sogar eine andere Lösung. Die Unterhaltskosten sind hoch und ich habe mich gefragt, ob nicht eine günstigere Variante möglich wäre. In Anbetracht der finanziellen Lage unserer Gemeinde kann ich mich - wenn auch mit wenig Begeisterung und mit Widerwillen - zur beantragten Etappierung durchringen.

Herr Daniel Krebs (SVP): Wie uns allen bewusst ist, ist diese Verbindung vom öffentlichen Verkehr in Niederwangen in den ESP Juch/Hallmatt notwendig. Wichtig ist auch, dass endlich etwas geht. Wir wissen aber auch alle, dass finanzielle Einschränkungen notwendig sind. Nach meiner Meinung ist es besser, wenigstens einmal einen Turm zu realisieren als gar nichts. Ein Nachteil der Etappierung sind die zusätzlichen Kosten für die Baustelleninstallationen. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der GPK für eine Etappierung der beiden Türme zustimmen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die GPK beantragt mit 6 zu 1 Stimmen eine weitere Etappierung des Geschäftes. Sie liess sich - zumindest in meinem Fall - davon leiten, es sei besser und deblockiere die Situation, wenn nun zuerst einmal ein Turm realisiert wird. Hört man der Debatte zu, kann man zum Schluss kommen, die Situation werde mit dem Antrag der GPK nicht deblockiert. Ich hätte vom Gemeinderat gerne eine verbindliche Aussage zu dieser Situation.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich gehe gleich auf die Frage von Valentin Lagger ein. Der Gemeinderat unterzeichnete eine Vereinbarung, welche festlegt, dass die Türme für die Realisierung des ESP erstellt werden müssen. Diese Vereinbarung wurde von der APW (Arbeitsgruppe Planung Wangental), vom VCS, von der Firma Fust und vom Gemeinderat unterzeichnet. Das Parlament kann sagen, die Vereinbarung sei vom Gemeinderat unterzeichnet und dieser müsse nicht zugestimmt werden. Realisieren wir nur einen Turm, blockiert dies die Situation nicht, ist jedoch sicher ein schlechtes Zeichen. Der Gemeinderat will mit diesem Kreditantrag ganz klar ein Zeichen für Niederwangen setzen. Marco Streiff hat richtig erwähnt, dass bis anhin in diesem Gebiet wenig in die Infrastruktur investiert worden ist. Der Gemeinderat hat grosses Interesse an der Entwicklung des ESP Juch/Hallmatt, aber auch an der Entwicklung des Ried. Die ganze Gemeinde Köniz profitiert ebenfalls von dieser Entwicklung. Wenn wir mehr Firmen und Einwohnende in diesem Gebiet ansiedeln, generieren wir höhere Einnahmen.

Die Realisierung der beiden Türme ist in der Überbauungsverordnung verbindlich festgelegt, wir müssen diese bauen. Ich verstehe, dass Sie die Realisierung der beiden Türme aufgrund der finanziell schlechten Lage der Gemeinde etappieren wollen. Im Investitionsplan, welchen Sie vorhin zur Kenntnis genommen haben, ist der Kredit enthalten. Niemand votierte für dessen Streichung. Bauen wir nur einen Turm, setzen wir ein falsches Zeichen gegenüber Niederwangen. Wir sagen damit aus, in Niederwangen kann gespart werden. Ich bin davon überzeugt, dies sei ein schlechtes Signal im Wangental; vor allem, wenn man bedenkt, dass die

ganze Gemeinde von der Entwicklung profitiert. Auch im REK kam der unattraktive Zugang zum Bahnhof Niederwangen und zur Riedmoosbrücke zur Sprache. Diese Einschätzung ist somit nicht nur jene des Gemeinderates und den Bewohnern des Wangentals, sondern auch von Externen. Wenn wir die Realisierung der beiden Türme etappieren, besteht die Gefahr, den Bau des zweiten Turmes auf irgendwann zu verschieben. Wir haben keine Verpflichtung, den zweiten Turm zu realisieren. Wie viele Baufelder müssen im ESP Juch/Hallmatt überbaut werden und wie viele Einwohnende muss das Ried haben, damit der zweite Turm realisiert wird? Seien Sie sich bewusst, dass es in den Augen vieler so aussieht, wie wenn wir diese Realisierung auf den Sanktimmerleinstag verschieben. Dieses Signal wäre schlecht.

Herr Hugo Staub (SP): Das Wort Etappierung wird zum Zauberwort; so scheint es mir jedenfalls. Der Bahnhof Niederwangen verfügt über zwei Perrons und dafür werden zwei Zugänge benötigt. Diese Logik ist ziemlich unabhängig davon, wie schnell sich das Gebiet Juch/Hallmatt entwickelt. Mit der Etappierung wird nicht nur die Investition auf der Zeitachse nach hinten verschoben, sondern einem Vorhaben wird ein Teil seines Sinnes genommen. Im Privatleben ist es auch nicht sinnvoll, den Schuhkauf aus Kostengründen zu etappieren. Deshalb empfehle ich ihnen, hier ein Paket zu schnüren und die Schuhe zusammen zu kaufen. Hinter dem Ganzen steht eine Tatsache, die uns den Entscheid, schwierig macht: Die Gemeinde steht mit der Finanzierung des Vorhabens alleine da. Dieses Problem können wir heute hier nicht lösen, aber im Prinzip ist es skandalös, dass vonseiten der SBB nicht wesentliche Beiträge geleistet werden. Mir kommt es etwa so vor, wie wenn beim Bau des Bauhauses jemand gesagt hätte, die Gemeinde solle den Eingang zum Bauhaus erstellen, damit die Käufer den Laden betreten können. Die Investition für die beiden Türme führt dazu, dass der Zugang zum Bahnhof Niederwangen für viele erleichtert wird. Dass wir diese alleine tragen müssen, ist nicht recht, daran können wir im Moment jedoch nichts ändern.

Herr Peter Antenen (FDP): Dass die Gemeinde im Wangental ein Zeichen setzen muss, ist sicher unbestritten. Vonseiten der SBB ist es jedoch ein sehr schlechtes Signal, dass sie dafür keinen Beitrag zu leisten, denn mit dieser Investition werten wir deren Bahnhof auf. Gerade die SBB sollten ein grosses Interesse daran haben, dass die Bahn benutzt wird. Aus diesem Grund dürfte von dieser Seite her ein finanzielles Zeichen erwartet werden.

Herr Daniel Oester (jfk): Katrin Sedlmayer, ich habe noch eine Frage, denn ich bin hin- und hergerissen: Müssen wir diese beiden Türme realisieren, damit Firmen angesiedelt werden können oder kommen diese auch so und wir investieren erst bei Bedarf weiter? Denn ich frage mich, ob es gut ist, diese grosse Investition für beide Türme zu tätigen, damit die Parzellen überhaupt bebaut werden.

Frau Claudia Egli (SP): Betreffend Beiträge vonseiten SBB Folgendes: Sicher wäre es gut, Verhandlungen mit den SBB aufzunehmen, ob nicht doch Beiträge von deren Seite für die Realisierung des Zugangs zum öffentlichen Verkehrs anfallen könnten. Ich denke, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Für uns als Gemeinde muss aber wichtig sein, dass die Realisierung der beiden Türme notwendig ist, damit die Erschliessung in den ESP Juch/Hallmatt durch den öffentlichen Verkehr gewährleistet ist. Wie wollen die Pendler in diesem Gebiet arbeiten gehen, wenn sie, um an den Arbeitsplatz zu gelangen, weite Wege gehen müssen? Ohne diese beiden Türme würde dem motorisierten Individualverkehr Tür und Tor geöffnet. Mit der Realisierung der beiden Türme sind die Bedingungen für den öffentlichen Verkehr klar besser. Eine halbe Sache ist noch keine ganze.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich kann die Frage von Daniel Oester nicht abschliessend beantworten. Die Realisierung der beiden Türme hat sicher positiven Einfluss auf viele Firmen, die gewillt sind, zu investieren. Die Gemeinde hat grosses Interesse daran, dass die Pendler den öffentlichen Verkehr benützen. Auch im Wangental ist ein Verkehrsproblem vorhanden. Nicht nur die Pendler, sondern auch die Kunden sollen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Wir bauen diese Türme - wie Marco Streiff bereits erwähnt hat - auch für die bereits Anwohnenden und für die zukünftige Bevölkerung im Ried. Für Firmen, welche einen Zuzug in dieses Gebiet in Erwägung ziehen, besteht mit der Realisierung der beiden Türme auf jeden Fall ein Standortvorteil. Mit der Realisierung nur eines Turmes steht die ganze Sache auf nur einem Bein und das hinkt. Die beiden Türme haben auch einen städtebaulichen Aspekt, denn diese werden nachts beleuchtet und dienen somit zugleich der Sicherheit im Bereich des Bahnhofes. Ich bitte Sie, im Namen der Wangentaler, der zukünftig

dort angesiedelten Firmen und der Rieder, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Beim Bahnhof Niederwangen besteht eine Unterführung. Wie weit ist diese von den Türmen entfernt? Der Umweg, der bei der Realisierung nur eines Turmes zu gehen ist, kann massgeblich für den Entscheid sein, ob ein oder zwei Türme realisiert werden.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Unterführung ist 150 Meter vom Liftturm entfernt. Somit müssen im schlimmsten Fall 300 Meter zurückgelegt werden, um das andere Perron zu erreichen. Zum Beitrag der SBB: Ich bin bereit, zusammen mit dem Gemeindepräsidenten Luc Mentha einen Termin bei Benedikt Weibel zu vereinbaren. Wir können versuchen, Beiträge zu generieren; versprechen kann ich jedoch nichts.

Herr Marco Streiff (EVP): Vorhin wurde gefragt, ob wir in Niederwangen und Oberwangen zu wenig hell seien, da wir eine solche Beleuchtung nötig hätten. Im Ernst: Das Gebiet um den Bahnhof Niederwangen ist nachts sehr finster. Der Zustand ist katastrophal. Eine bessere Beleuchtung an diesem Ort ist sehr wichtig.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Die Realisierung der beiden Türme scheint unbestritten zu sein. Die Frage anlässlich der GPK-Sitzung war, ob die Realisierung etappiert werden soll und diese ist noch nicht beantwortet. Es wurde a) nach den Kosten und b) nach den Mehrkosten der Etappierung gefragt. Hier geht es um eine finanzielle Frage und nicht darum, ob die Türme realisiert werden sollen oder nicht. Die GPK beantragte die Etappierung unter dem Vorbehalt der damals bekannten Erkenntnisse.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Einsparungen sind klar. Wird nur Turm 3 realisiert, sparen wir somit die Kosten für Turm 2 ein. Wird nur ein Turm realisiert, fällt somit auch der Zugang auf der Riedmoosbrücke zum nicht realisierten weg. Auch die Honorare der Planergemeinschaft werden tiefer ausfallen. Das sind die grössten Einsparungen. So lange Turm 2 nicht realisiert wird, werden diese Betriebskosten in der Laufenden Rechnung eingespart. Die Mehrkosten in der Höhe von 65'000 bis 70'000 Franken für die Baustelleninstallation sowie für die Sicherheit der SBB werden jedoch anfallen. Wenn wir zweimal etappieren müssen, entstehen damit sicher Mehrkosten von 120'000 Franken.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich beantrage Sitzungsunterbruch, um diese Zahlen mit der Fraktion zu besprechen.

Herr Hermann Gysel (EVP): Wenn ich die Zahlen von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer richtig verstanden habe, komme ich bei einer Etappierung von Turm 2 und 3 auf Einsparungen von rund 60'000 Franken pro Jahr.

Die Sitzung wird für zwei Minuten unterbrochen.

Das Parlament fasst folgenden

Beschluss

Mit 29 Stimmen Ja-Stimmen bewilligt das Parlament für die etappierte Realisierung des Projektes "Ein neues Zeichen in Niederwangen" einen Kredit von Fr. 1'965'000.00 (Türme 2 + 3 sowie Umgestaltung Riedmoosbrücke) zuzüglich allfälliger Teuerung.

Der Vorschlag der GPK für eine weitere Etappierung (nur ein Turm, Turm Nr. 2) wird mit 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

7. Ried Niederwangen

Planungskredit; Direktion Planung und Verkehr

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Die vorliegende Planung Ried aus dem Jahr 1979 ist nicht mehr mehrheitsfähig. Der Gemeinderat will die Situation mit einem qualitativen Wettbewerb deblockieren. Der Kredit für diesen Wettbewerb überschreitet die Kompetenz des Gemeinderates. Schauen wir ins Jahr 1979 zurück: Damals wurde ein Überbauungsplan erarbeitet, der jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig war und das Ried wurde mit einem 15-jährigen Bausperrvertrag belegt. Dieser läuft Ende 2006 aus. Die im Frühjahr 2006 zur öffentlichen Mitwirkung gebrachten Vorschläge zur Revision der Planung Ried sind nicht mehrheitsfähig. Der Gemeinderat führte daraufhin Verhandlungen mit den massge-

benden Hauptbeteiligten (Arbeitsgruppe für Planungsfragen Wangental, Ortsverein Niederwangen [APW/OV] und Miteigentümergeinschaft Ried [MEG]). Der Hauptstreitpunkt blieb die Höhe der Bruttogeschossfläche (BGF). Die APW will höchstens 100'000 m² BGF, die MEG 120'000 BGF. Offenbar konnte man sich hier nicht weiter annähern. Der Gemeinderat will nun die Situation mit einem qualitativen Verfahren deblockieren, was bedeutet, dass Qualität vor Quantität kommen soll. Die Ziele sind folgende: Eine Annäherung bei der Höhe der BGF, womit die MEG überlebensfähig, kostendeckend und konkurrenzfähig bauen kann, die Erhaltung der Siedlungsqualität, die Unterstützung des Projektes auch durch die Bevölkerung. Die Verhinderung von Kosten für eine allfällige Auszonung in der Höhe von 20 Millionen Franken. Die Kreditkosten betragen 300'000 Franken. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten

Herr Ignaz Caminada (CVP): Im Frühjahr 2006 führte der Gemeinderat ein freiwilliges öffentliches Mitwirkungsverfahren zur Revision der Planung Ried durch, das jedoch nicht den gewünschten Erfolg brachte. Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion finden es richtig, dass der Gemeinderat das Geschäft heute neu aufgleisen will. Die mögliche Überbauung ist so gross, dass sie Brünnen in den Schatten stellt. Schon nur aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, ein fundiertes Überbauungskonzept zu erarbeiten. Die Durchführung eines qualitativen Verfahrens dient diesem Ziel sicher. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt das Verfahren und somit den Antrag des Gemeinderates, einen Kredit von 300'000 Franken zu bewilligen. Trotzdem möchten wir eine gewisse Unsicherheit hervorheben. In den Mitwirkungsrückmeldungen wurde darauf hingewiesen, dass im Ried nicht bis zum Waldrand und bis zur Taubenbränke gebaut werden soll. Der Grünraum solle massiv vergrössert und die für Wohnbauten nutzbare Fläche reduziert werden. Es wird davon gesprochen, dass maximal 100'000 m² BGF erstellt werden sollen. In unseren Unterlagen steht jedoch auf Seite 2: "Eckwerte qualitatives Verfahren min. 100'000 bis max. 120'000 m² BGF". Im Text etwas oberhalb sind die Worte Minimum und Maximum vertauscht. Die APW/OV will maximal 100'000 m² BGF, die MEG mindestens 120'000 m² BGF. Wie solche Extremwerte unter einen Hut gebracht werden können, soll das mit dem heutigen Entscheid beginnende Verfahren zeigen. Wäre ich persönlich Besitzer, Planer oder Architekt im Ried, würde ich selbstverständlich auch versuchen, das Maximum herauszuholen. Hier stellt sich für die CVP/EVP-Fraktion die Frage, ob in diesem quantitativen Verfahren die kritischen Stimmen - welche das Maximum bei 100'000 m² sehen - auch zum Tragen kommen. Die Definition des qualitativen Verfahrens - auf Seite 3 - gibt uns jedoch das Vertrauen, dass die qualitativen Zielsetzungen auch in einem klaren Bezug zur quantitativen Grösse stehen werden. Ein ebenso wichtiges Element der Planung muss die Einbindung in ein gesamtes Konzept Niederwangen, in eine Zentrumsplanung Niederwangen sein. Unklarheiten bestehen bezüglich Verkehrsaufkommen, Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, Schulanlagen, usw.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Die FDP/jfk-Fraktion begrüsst grundsätzlich die Wachstumsstrategie des Gemeinderates. Das Ried in Niederwangen ist wohl eines der wichtigsten, wenn nicht gar das wichtigste Projekt, um diese Strategie erfolgreich umzusetzen. Niederwangen wird in den nächsten Jahren voraussichtlich noch beträchtlich wachsen. Dies nicht zuletzt, weil es kantonaler Entwicklungsschwerpunkt ist. Wichtig scheint uns, dass wir in Niederwangen ein qualitativ hochwertiges Projekt realisieren können. Die Angabe der Bruttogeschossfläche allein ist keine verlässliche Angabe, über die Qualität einer Siedlung zu urteilen, vielmehr müssen wir das konkrete Projekt abwarten. Dank der Ausschreibung wird sich uns die Möglichkeit bieten, aus einer Vielzahl von Planungsideen die beste auszuwählen. Die FDP/jfk-Fraktion wünscht sich, dass alle Interessengruppen entsprechend in der Jury Einsitz nehmen können und das beste Projekt im Interesse der gesamten Gemeinde wählen. Die Ausschreibung ist mit einem Betrag von 300'000 Franken relativ teuer, aber im Rahmen der Wichtigkeit dieser Überbauung und dem Ziel, hochwertigen Siedlungsraum zu schaffen, unterstützt die FDP/jfk-Fraktion den Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich.

Herr Jan Remund (GFL): Die GB/GFL-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Antrag, im Ried ein qualitatives Verfahren durchzuführen. Wir hoffen, dass damit die bis anhin vertrackte Situation gelöst werden kann. Die im Frühjahr 2006 präsentierte Planung hinterliess bei uns

grosse Zweifel an der Entstehung einer nachhaltigen Siedlung. Nur mit einer kompletten Überarbeitung der Pläne und einer Reduktion der überbauten Fläche und somit der BGF, ist eine für uns akzeptable Überbauung möglich. An der präsentierten Planung haben wir drei Hauptkritikpunkte anzumerken: Die geplante Überbauung ist eine Stadt der langen Wege. Der Weg zur Arbeit ist weit, ebenso der Weg zum Einkaufen. Das widerspricht nicht nur ökologischen und modernen Planungszielen, sondern auch jenen der Gemeinde Köniz, die möglichst kurze Wege ermöglichen möchte. Infolge des relativ schlechten öV-Anschlusses in Richtung Bern werden viele Fahrten mit Autos zurückgelegt werden. Zudem wird das Naherholungsgebiet Taubentränke stark beeinträchtigt. Aus diesen Gründen sind wir für eine BGF von maximal 100'000 m². Der Beschrieb der Ausschreibung zeigt uns jedoch, dass die Wahrscheinlichkeit für Planungen mit 120'000 m² BGF gross ist. Dies, weil sich Planungen mit einem höheren BGF-Wert für Investoren besser lohnen. Falls es jedoch zu einer Planung von weit über 100'000 m² BGF kommt, ist die Gefahr sehr gross, dass es zu einer Teilauszonungsinitiative kommt, welche die ganze Planung wieder zurückwerfen würde. Um dieses Szenario zu verhindern, stellen wir folgenden Antrag: "Die eingereichten Projekte müssen sowohl mit einer maximalen Grösse von 100'000 m² BGF als auch mit 120'000 BGF umgesetzt werden können." Mit diesem Antrag schliessen wir keine Variante aus, sorgen jedoch dafür, dass beide Varianten möglich sind.

Herr Daniel Krebs (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Gut ist, dass nach dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren die grössten Probleme aufgezeigt worden sind und es nun zu einem offenen Wettbewerb kommt. Ich persönlich hoffe, dass jene den Wettbewerb gewinnen, die mit einem Projekt von maximal 100'000 m² BGF ins Rennen steigen und nicht jene mit 120'000 m². Das wäre auch im Sinne der 900 Petitionsunterschriften und der Einwohnenden im Wangental.

Frau Rita Sidler (SP): Die SP-Fraktion heisst den Kredit für die Durchführung eines qualitativen Verfahrens im Ried gut. Zu diskutieren gab auch in unserer Fraktion die Bandbreite der Eckwerte der Überbauungsdichte. Die Gefahr besteht, dass nur Planungsvorschläge mit den hohen BGF-Werten von 120'000 m² eingehen. Das würde wiederum zu Widerständen der APW/OV führen. Nach eingehender Diskussion kamen wir zum Schluss, dass eine gewisse Bandbreite der Eckwerte für eine Bereicherung sorgen kann. Das erhöht wiederum die Chance für eine gute Lösung, die allen Seiten gerecht wird. Nicht die Maximalwerte zählen, sondern die Qualität. Nur eine gute, qualitativ hochstehende Planung hat in diesem Gebiet eine Chance, weil es in Konkurrenz zu anderen Überbauungsgebieten, wie z.B. Brünnen, steht. Ein Verkauf kann demnach nur gelingen, wenn Lage und Gestaltung der Überbauung attraktiv sind. Die SP-Fraktion sieht im vorliegenden Geschäft vor allem einen vernünftigen Versuch, die blockierte Situation zu überwinden und eine Einigung zu erzielen. Deshalb stimmen wir dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates zu.

Frau Claudia Egli (SP): Die SP Wangental freut sich sehr über diesen Wettbewerb und würde diesem gerne zustimmen. Sie findet es jedoch sehr gefährlich, so viel Geld zu sprechen, wenn die Sicherheit für die Realisierung des Wettbewerbsprojekt-Gewinners nicht gewährleistet ist. Weshalb? Die Spannweite von 20'000 m² BGF (Eckwerte des qualitativen Verfahrens minimal 100'000 m² BGF und maximal 120'000 m² BGF) lässt so vieles unklar und gibt keine Garantie dafür, dass den Hauptanliegen der Bevölkerung im Wangental Rechnung getragen wird. Die Forderung der eingereichten Petition ist klar. Ein Wettbewerb mit maximal 100'000 m² BGF ist wichtig, damit die heutige Dichte des bestehenden Gebietes nicht überschritten wird. Der Eckwert für den Grünraum beträgt 110'000 bis 120'000 m², wovon der grösste Teil für die Freihaltung des Plateaus bei der Taubentränke und der Waldränder einzusetzen ist. Ausserdem soll rund die Hälfte der Fläche für öffentliche Bauten, wie z.B. Fussballfeld, auf das Plateau zu liegen kommen und dadurch den Freiraum noch einmal vergrössern. Das sind die Forderungen. Schade, intervenierte damals niemand, als das Feld noch Landwirtschaftszone war, gegen die Umzonung in Bauzone so weit in Richtung Wald hinauf. Für uns ist dies nicht sehr verständlich. Hätten sich die Probleme bereits damals gelöst, würde dieser Grüngürtel noch heute in der Landwirtschaftszone liegen und wäre dementsprechend günstiges Land. Ein Schulhaus muss ebenfalls eingeplant sein, auch wenn der Bau nicht gleich zu Beginn realisiert werden muss. Diese Fläche muss jedoch frei bleiben, damit allenfalls notwendige Modulbauten erstellt werden könnten. Die Forderungen sollten unbedingt über jenen der MEG stehen, denn deren Mitglieder haben bereits - und nicht wenig - Geld für die erste Überbauung

eingenommen, betrachtet man die Landpreisdifferenz zwischen Kauf und Verkauf. Wir verstehen, dass die MEG bei diesem Projekt vorwärts machen wollen, denn es ist bereits viel Zeit ohne Lösung vergangen.

Ein Vorwärtsmachen ist auch in unserem Interesse und deshalb sollten wir den Wettbewerb mit den gegebenen Forderungen nicht annehmen, das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, um auf einen möglichst raschen, neuen Wettbewerbsvorschlag mit den Bedingungen der Bevölkerung zu warten. In einem solchen Wettbewerb wird die APW/OV gerne Einsitz nehmen und würde sich sehr dafür interessieren. Mit dem Einsitz der APW/OV wären alle Interessen mehr oder weniger vertreten. Die Interessen der MEG, dass dieses Projekt nicht weiter verzögert wird und sie weiter investieren können. Die Interessen der APV/OV und der Bewohnerinnen und Bewohner von Niederwangen. Schlussendlich die Interessen der Gemeinde, sieht man im Ried doch das grösste Siedlungswachstum in der Gemeinde Köniz. Das alles sollte nicht mit einer eventuellen Teilauszonungs-Initiative auf das Spiel gesetzt werden. Der Antrag der GB/GFL-Fraktion - beide BGF-Varianten wettbewerbsfähig machen -, sollte der Antrag des Gemeinderates zurückgewiesen werden, ist in unseren Augen gut. So hätte man "den Fünfer und das Weggli" und kann auf die qualitativen Forderungen der Bevölkerung eingehen.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Der Antrag der GB/GFL-Fraktion verwirrt mich etwas. Ein Investor soll hier also ein Projekt mit 100'000 m2 BGF als auch eines mit 120'000 m2 BGF einreichen. Was genau soll ein allfälliger Investor beachten?

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Die Idee des Antrages ist folgende: Ein Architekturbüro soll einen Vorschlag mit 100'000 m2 BGF ausarbeiten und zusätzlich noch eine Variante mit 120'000 m2 BGF aufzeigen. Damit hätte die Wettbewerbsjury die Möglichkeit, beide Varianten zu beurteilen.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich gebe Folgendes zu bedenken: Mir geht es um die Rechtssicherheit. Die Gemeinde muss ein verlässlicher Partner sein, das ist für alle Investoren wichtig. 1979 wurde mit einer Planung von 150'000 m2 BGF begonnen, dann wurde auf 133'000 m2 reduziert und nun sind wir bei 100'000 bis 120'000 m2. Ich weiss nicht, wie wir uns fühlen würden, hätten wir Land für ein Projekt gekauft und könnten schlussendlich nur die Hälfte des vorgesehenen Projektes realisieren. Dieser Umstand muss uns bewusst sein. Das Projekt soll nicht zu früh eingegrenzt werden, sondern wir sollten den Markt spielen lassen. Die Investoren sind sich der Gefahr einer zu hohen Ausnützung der BGF sicher bewusst. Wenn nur Wettbewerbsbeiträge mit einer BGF von 120'000 m2 eingegeben werden, muss dann die Bevölkerung mittels einer Initiative entscheiden. Der Stimmbevölkerung muss dann jedoch bewusst gemacht werden, dass ein Entscheid für eine tiefe BGF-Ausnützung unter Umständen teuer zu stehen kommen kann.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich möchte mich den Worten von Claudia Egli anschliessen. Ich werde das vorliegende Geschäft nicht unterstützen. Ich habe mich weit herum erkundigt, niemand kann mir jedoch etwas Vergleichbares zeigen. Die Initiative für eine BGF von maximal 100'000 m2 ist in meinen Augen richtig. So viel und nicht mehr soll überbaut werden. Aus diesem Grund und als betroffener Wangentaler werde ich dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen.

Herr Urs Maibach (GB): Ich zweifle auch daran, dass ein Investor, wenn er zwischen zwei Lösungen wählen kann, jene mit weniger zu überbauender BGF vorzieht. Ich bin mit der Aussage einverstanden, dass es schwierig sein wird, ein Projekt mit 100'000 m2 BGF zu gestalten und noch für zusätzliche 20'000 m2 BGF eine Lösung zu finden. Mir scheint es jedoch wichtig zu sein, beide Auflagen im Wettbewerb aufgeführt zu haben, damit der Investor entscheiden kann, ob er 100'000 m2 oder 120'000 m2 BGF überbauen will. Ich sehe ebenfalls die Gefahr, dass alle eingereichten Projekte 120'000 m2 BGF überbauen. Der Gemeinderat beantragt uns 300'000 Franken für den Wettbewerb. Werden nur Projekte mit der vollen Ausnutzungsfläche von 120'000 m2 BGF eingerichtet, wird sicher eine Initiative folgen und wir haben schlussendlich gar nichts. Deshalb möchte ich beliebt machen, den Antrag der GB/GFL-Fraktion anzunehmen.

Herr Hugo Staub (SP): Ich mache Sie auf Phase 2, wie sie in Kapitel 4.2 "Verfahren der städtebaulichen Qualitätssicherung" beschrieben ist, aufmerksam. Es ist eine zweite Phase

vorgesehen, die wie folgt beschrieben ist: "Ausgehend von den in der ersten Phase prämierten Projekten sollen die verschiedenen guten Ideen kombiniert und weiter entwickelt werden." Es muss überprüft werden, wie eine Lösung mit einer um 10 Prozent weniger dichten Überbauung aussehen würde. Es muss jedoch ebenso ein Projekt mit einer Lösung von 100'000 m2 BGF dahingehend überprüft werden, wie es mit 110'000 m2 BGF aussehen könnte. Ich gehe nicht davon aus, dass die Gemeinde, welche Phase 2 massgebend mitprägen wird, nur noch Lösungen mit 120'000 m2 BGF weiterverfolgen wird. Das wäre an allen Vorbehalten - die der Gemeinde bekannt sind - vorbeigearbeitet.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zuerst einmal herzlichen Dank für die Zustimmung zum beantragten direkten Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen. Sie haben damit ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Ich danke auch für die mehrheitlich positiven Voten zum beantragten Planungskredit Ried Niederwangen. Das Ziel des Gemeinderates ist ganz klar, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Es darf nicht noch einmal - wie bereits gehabt - passieren, dass bei der öffentlichen Mitwirkung zu Tage kommt, dass die vorgelegte Planung von den Anwohnenden abgelehnt wird. Das Ried - es wurde mehrmals erwähnt - muss eine überzeugende Qualität haben und diese muss nicht nur in der Dichte der Überbauung bestehen. Es wird niemand von uns sehen, ob im Ried eine Fläche 100'000 m2 BGF überbaut ist oder eine von 105'000 m2. Hugo Staub erwähnte richtig, dass die zweite Phase sehr wichtig ist. Dort haben wir die Chance, die Wettbewerbsprojekte zu überarbeiten und anzupassen. Das ist die grosse Chance in diesem Verfahren und deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir eine mehrheitsfähige Lösung finden werden. Die Freihaltung des Gebietes rund um die Taubentränke ist Inhalt des Wettbewerbsprogrammes. Diese Vorgabe muss eingehalten werden. Die Eckwerte des qualitativen Verfahrens zwischen 100'000 m2 und 120'000 m2 BGF sind Eckwerte, welche der Gemeinderat festlegte. Wir gehen weder darüber hinaus noch darunter. In der Jury werden sicher zwei Mitglieder von APW/OV und zwei Mitglieder der MEG Einsitz nehmen. Daneben werden in der Jury Fachjuroren Einsitz nehmen. Ich würde es sehr bedauern, wenn die APW/OV nicht mitmachen und mindestens einen Sitz in der Jury einnehmen würde. Als Mitglied der Jury kann Einfluss genommen werden. Die APW/OV würden die Bevölkerung etwas im Stich lassen, würde sie keinen Einsitz in die Jury nehmen. Ich hoffe, dass das Zeichen, welches vorhin mit der Realisierung der beiden Türme gesetzt wurde, auch der APW/OV den Elan dazu gibt, in der Jury mitzutun. Das Ziel des Gemeinderates ist eine mehrheitsfähige Lösung für die Überbauung Ried, welche im Wangental akzeptiert ist. Wir werden die Wettbewerbsprojekte dreidimensional darstellen, damit man sich etwas darunter vorstellen kann. Ich kann die von Claudia Egli vorgeschlagene Lösung, dass maximal 100'000 m2 BGF überbaut werden dürfen, nicht unterstützen. Wir müssen auch die MEG mit "im Boot haben" und wenn maximal 100'000 m2 überbaut werden dürfen, wäre dies sicher nicht mehr der Fall. Nicht alle Investoren haben bei der ersten Überbauung derart profitiert, wie Claudia Egli ausgesagt hat. Uns sind Privatpersonen bekannt, die mit finanziellen Problemen kämpfen. Der Antrag der GB/GFL-Fraktion - so sympathisch er sein mag - sollte in meinen Augen nicht angenommen werden. Er würde die ganze Angelegenheit komplizieren.

Mit 34 : 5 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament beschliesst einen Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.00 zu Lasten Kto. Nr. 210.581.161 für die Durchführung eines qualitativen Verfahrens im Ried sowie die Umsetzung in planungsrechtliche Instrumente.

Der Antrag der GB/GFL-Fraktion "Die eingereichten Projekte müssen sowohl mit einer maximalen Grösse von 100'000 m2 BGF als auch mit 120'000 BGF umgesetzt werden können", wird mit 5 : 24 Stimmen abgelehnt.

8. Verschiedenes

Herr Valentin Lagger (CVP): Am 23. Oktober 2006, ungefähr um dieselbe Uhrzeit, gab Gemeindepräsident Luc Mentha bekannt, dass es zur Agglomerationsstrategie nichts Neues zu sagen gebe. Der versprochene Bericht werde nicht kommen. Anfangs November wurden die teilnehmenden Parlamentsmitglieder anlässlich einer interessanten Tagung über den

Stand des Projektes Agglomerationsstrategie informiert. Aus jeder Fraktion des Gemeindeparlamentes haben Vertreter teilgenommen, die ihre Fraktionen sicher informiert haben. Ein Punkt ist in meinen Augen jedoch etwas ärgerlich: Am 24. Oktober 2006 fand ein Kickoff-Meeting des VRB zu Umsetzungsfragen der Agglomerationsstrategie statt. Ungefähr 11 Stunden vorher gab unser Gemeindepräsident Luc Mentha jedoch bekannt, zur Agglomerationsstrategie gebe es nichts zu sagen. Das ist schade, denn ich gehe nicht davon aus, dass sich die Teilnehmer dieser Tagung den ganzen Tag angeschwiegen haben.

Herr Marco Streiff (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion nahm Rücksprache bei ihren Mitgliedern in den verschiedenen Schulkommissionen und fragte nach, wie die Umsetzung des neuen Bildungsreglementes angelaufen sei. Wir mussten feststellen, dass die Umsetzung des neuen Bildungsreglementes wahrscheinlich zu schnell angegangen wurde. Die Schulkommis-sionsmitglieder fühlen sich von Verwaltungsseite her zu wenig unterstützt. Ein Beispiel: Bei den ersten zwei Treffen der Zentralen Schulkommission haben - infolge anderweitiger Termine - Personen aus der Verwaltung keine Zeit gefunden, dringende Fragen von Schulkommis-sionsmitgliedern zu beantworten. Ich hoffe, dass bei weiteren Treffen Fragen von Schulkommis-sionsmitgliedern in Ruhe beantwortet werden können und diese sich von der Verwaltung unterstützt fühlen können, damit das Bildungsreglement positiv und qualitativ gut umgesetzt werden kann.

Frau Stephie Staub (SP): Ich sage noch etwas zum abgelehnten Budget: Bereits nach der GPK-Sitzung habe ich mich gefragt, wer hier etwas "töppelet". Der Gemeinderat nach der GPK-Sitzung, die bürgerliche Mehrheit, nachdem der Gemeinderat den Voranschlag 2007 unterbreitete oder Parlamentsmitglieder hier im Saal? Schade, konnte nicht sachpolitisch diskutiert werden und wurde das beste Budget seit langem zurückgewiesen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Marco Streiff, ich nehme deine Kritik so entgegen. Sie erscheint mir trotzdem etwas eigenartig zu sein. Wir haben einen Weiterbildungskurs für Schulkommis-sionsmitglieder ausgeschrieben. Manchmal nehmen jedoch gerade jene, die solche Weiterbildungskurse nötig haben, leider nicht daran teil. Bis heute habe ich anlässlich der Zusammenkünfte der Zentralen Schulkommission nie gehört, dass sich Schulkommis-sionsmitglieder nicht begleitet fühlen. Sollte dies jedoch der Fall sein, bitte ich alle Parlaments-mitglieder, den Schulkommis-sionsmitgliedern mitzuteilen, dass sie sich bei uns melden können, falls Fragen vorhanden sind. Ich weise die Kritik, dass Schulkommis-sionsmitglieder von der Verwaltung nicht unterstützt werden, zurück. Der Schulabteilung ist klar, dass ein neues Zeitalter begonnen hat, aber die Schulkommis-sionsmitglieder werden auf Anfrage hin sicher unterstützt.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich bin Hans Moser noch eine Antwort betreffend den Kosten der Heizung in Schulhaus und Kindergarten Mittelhäusern schuldig. Der bewilligte Kredit lautete auf 83'000 Franken. Die Gesamtausgaben beliefen sich schluss-endlich auf 63'000 Franken, die sich wie folgt aufteilen: 40'000 Franken für das Schulhaus und 23'000 Franken für den Kindergarten.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Kurz noch zum Bericht Hornung, Bevölke-rungsszenarien. Sie sollten alle im Besitz einer Kurzzusammenfassung sein. Dieser Bericht ist ein so genannter Bestseller. Am Bevölkerungsforum gingen alle Berichte weg wie warme Semmeln, sogar noch jenes des Gemeindeplaners. Wenn Interesse im Parlament, aber auch in den Ortsvereinen und der Bevölkerung vorhanden ist, dass dieser Bericht vorgestellt werden soll, werden wir im nächsten Jahr eine Veranstaltung organisieren.

Betreffend Seniorenresidenz Schlosstrasse: Den Medien konnten Sie entnehmen, dass eine Zahl betreffend Bruttogeschossfläche in der Botschaft nicht richtig war. Wichtig ist mir, hier noch Folgendes zu sagen: Das Projekt bleibt dasselbe, es wurde lediglich eine falsche Zahl aus den Wettbewerbsunterlagen kopiert. Das ist nun öffentlich publiziert und die Einspra-chefrist läuft bis zum 5. Januar 2007.

Herr Christoph Salzmann (SP): Ich verstehe die Ungeduld und die hier geäusserte Kritik von Valentin Lagger betreffend Agglomerationsstrategie nicht ganz. Bitte habe etwas Geduld, bis der nächste Schritt ausgearbeitet ist. Danach wird das Parlament sicher informiert.

Der Parlamentspräsident: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0625 Motion SVP betr. Budgetberatung im Parlament

0626 Motion Egli-Steiner (SP) betr. altes Schulhaus in Niederwangen
0627 Dringliche Interpellation Claudia Egli/Martin Graber (SP) betr. Belagswerk Weibel in Oberwangen - Vertrauen ist gut, unangemeldete Kontrollen aber sind viel besser!
0628 Dringliche Motion CVP / EVP betr. Sanierung der Alterswohnungen Hessgut, Liebefeld
0629 Interpellation Staub-Muheim (SP) betr. Swisscom-Versuch für ein City WLAN in Köniz
0630 Interpellation CVP betr. Sperrung der Datenbankbekanntgabe an Private
0631 Dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz
Der GPK-Präsident wünscht, dass sich die GPK nach der Sitzung noch kurz trifft.

Heute Abend wurde Barbara Mooser verabschiedet, obschon nächsten Montag noch eine Parlamentssitzung stattfinden wird. Da ich ebenfalls davon ausging, heute finde die letzte Sitzung in diesem Jahr statt, habe ich einen Blumenstrauss organisiert, den ich nun gerne, verbunden mit einem grossen Dank, weitergeben möchte. Seit einem Jahr ist Anita Fehlmann unsere neue Parlamentssekretärin. Für deine Arbeit, die du weitaus mehr als zu meiner Zufriedenheit geleistet hast, danke ich herzlich wie auch für die gute Zusammenarbeit. Ich fand jederzeit eine offene Tür, wenn ich Fragen hatte. (*Applaus*).

Frau Anita Fehlmann (Parlamentssekretärin): Herzlichen Dank, Niklaus. Ich danke Ihnen für das Vertrauen. Ich arbeite gerne mit Ihnen zusammen.

Die nächste Sitzung findet am 18. Dezember 2006 um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung um 22.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident Die Sekretärin

Niklaus Hofer Anita Fehlmann